

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 8.

Freitag, den 10. Januar 1913.

20. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt“

## Gehren des Balkankrieges für den Militarismus.

Die nächste Rückwirkung des Balkankrieges auf unsere inneren Verhältnisse ist die, daß er neue Antriebe für unseren Militarismus geschaffen zu haben scheint und ihm willkommene Vorwände gibt, seinen Wirkungskreis im Staatsgebiet zu erweitern. Dank der völligen Kritiklosigkeit unserer bürgerlichen Parteien erleben wir jetzt eine wahre Renaissance jener sporen- und jäbelklirrenden Militärrherrschafft, die in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts der Monarchie politische Richtung bestimmte, und selbst Leute, deren Militärförderung nicht immer über jeden Zweifel erhaben war, wetteifern heute, dem Moloch zu geben, was ihnen des Molochs zu sein scheint. Alles, was in den letzten Jahren auf Kosten der Völker und gegen alle Interessen einer demokratischen Entwicklung den militärischen Machthabern bewilligt worden ist, scheint ihnen nun durch die Tatsache eine nachträgliche Rechtfertigung zu erhalten. Gegen die Macht der Tatsachen sei kein Kraut gewachsen, und die Tatsachen setzten, wie man nun sehe, den Militarismus ins Recht. Es zeige sich immer deutlicher, daß militärische Kraft das entscheidende auf der Welt sei und daß die Völker deshalb, wofür ihnen an der Existenz des Staates etwas gelegen sei, jedes Opfer zu bringen haben, das ihnen die berufenen Träger der Wehrmacht auferlegen. So denkt und urteilt heute wohl jeder bürgerliche Politiker und so denken und urteilen auch die Massen des Bürgertums bis tief in das Kleinbürgertum hinab, ja man kann sogar die Beobachtung machen, daß diese Resignation gegenüber dem Militarismus da und dort sogar die Schwellen der proletarischen Welt überschreitet. Wo aber finden sich nun im Zuge der Ereignisse diese viel berufenen Tatsachen, die einer exzessiv-militaristischen Rüstungspolitik so deutlich die Richtung weisen sollen? Sie finden sich bloß an der Oberfläche des Geschehens, erweisen sich aber sofort als gegenstandslose Fiktionen, wenn das Auge kritisch unter die Oberfläche des Geschehens dringt und die Kräfte, die darin walten, in streng begrifflicher Scheidung auf ihre Wirksamkeit prüft. Diese begriffliche Scheidung ist nun allerdings der bürgerlichen Auffassung völlig fremd, und da sie genötigt ist, das wahre Wesen des Militarismus ideologisch zu umschleiern, hat sie sich daran gewöhnt, die Wesensunterschiede zwischen den Begriffen Wehrmacht und Wehrsystem zu übersehen. Deshalb kann sie sich leicht einbilden, daß das starke militärische Kraftangebot der Balkanstaaten die Wirkung eines starken Militarismus sei und zugleich eine Mahnung an unsere Adresse, den Militarismus noch erheblich zu verstärken. Wer aber die Begriffe nicht im Nebel verschwimmen läßt, sondern sie nach ihrem Inhalt sorgfältig zu scheiden gewohnt ist, wird bei der Betrachtung der Balkanereignisse alsbald finden, daß genau das Gegenteil zutrifft. Das große militärische Angebot ist nicht die Wirkung eines starken Militarismus, sondern lediglich die Wirkung eines starken demokratischen Volkswillens, neben dessen gewaltiger Wucht die rein militärischen und im europäischen Sinn militäristisch gerichteten Heeresinstitutionen der betreffenden Länder in ein hohles Nichts zusammenschumpfen. Wenn die Ereignisse des Balkankrieges in militäristischer Hinsicht etwas beweisen, so nur dieses, daß eine Wehrverfassung von echt militäristischem Gepräge, wie es die unserer ist, im Krieg ein kraftloses Ding ist, im Vergleich zu einer Wehrverfassung, die gegebenenfalls eine absolute Identität von Heer und Volk zu bewirken vermag — also im Vergleich zu einer Wehrverfassung von milizartigem Gepräge.

Daß die Armeen des Balkanbundes Milizaufgebote sind, werden nun natürlich alle jene, die diese Dinge nur nach der schematischen Seite und nicht auf ihr Wesen hin ansehen, heftig bestreiten. Hatte nicht insbesondere Bulgarien ein scharf gedrücktes stehendes Heer, das sich in seinem Dienstbetrieb so pedantisch korrekt hält wie das preußische? Hat es nicht ein festgefügtes, geschultes und sachlich durchgebildetes Offizierskorps nebst einem Stab von länger dienenden Unteroffizieren? Allerdings. Doch wenn man die tatsächlichen Verhältnisse, den Geist und die Herkunft dieser Offiziere, die in einer durchaus demokratisch gerichteten, kleinbürgerlichen intellektuellen Schicht wurzeln, und schließlich die kurze Dienstzeit (ein Jahr) weitaus der meisten Einberufenen ins Auge faßt, so ist dieses stehende Heer Bulgariens nichts anderes als ein erweitertes schweizerischer Instruktionskadet. Bei seiner tatsächlichen geringen Zahl kann man nicht einmal sagen, daß es das Rückgrat des eigentlichen Feldheeres bilde, denn in der Masse der 350 000 wirklich Aufgeborenen verschwindet es wie ein kleines Metallklumpchen, das man in eine geschmolzene Masse wirft. Was aber

schon für Bulgarien gilt, das gilt in noch weit erhöhtem Maße für Serbien, dessen militäristische Entwicklung in den letzten Jahren eine ausgesprochene Richtung auf die Miliz genommen und mit klarem Bewußtsein sich von dem operettenhaften Pseudomilitarismus des Königs Milan, der sich in früheren Balkankriegen so übel bewährte, abgewendet hat. Serbien hat nur ein ganz geringfügiges stehendes Heer mit fast durchgängig sehr kurzer Dienstzeit und mit einem Offizierskorps, das sich im Kriegsfalle nicht nur durch Reserveoffiziere aus dem Zivil, sondern auch durch Reserveunteroffiziere, die als Zugkommandanten Dienst tun müssen, sehr erheblich zu ergänzen hat. Entscheidend fällt sowohl für Serbien als auch für Bulgarien ins Gewicht, daß das Offizierskorps in diesen Ländern überhaupt einen ganz anderen psychologischen Habitus hat, der mit dem eines echt militäristischen Offizierskorps in keiner Weise übereinstimmt, die Offiziersstellung ist in den Ländern nichts weiter als ein bürgerlicher Intellektuellenberuf, der in keiner Weise über die demokratische Atmosphäre seiner Herkunft zu erheben und sich ein soziales Privileg zu verschaffen vermag, das ihn kastenmäßig nach unten abschließt. Es ist nicht denkbar, daß in der bulgarischen oder serbischen Armee der Klassegegensatz sich gewissermaßen formal konstituiert, wie es in der militäristischen Armee der Fall ist, wo es dem Offizier geradezu zum Gebote gemacht wird, sich gegenüber dem Soldaten sozial abzuschießen wie der Brahmane gegenüber dem Paria. Bei uns wird ja sogar den Einjährig-Freiwilligen schon eingeschärft, daß sie sich jeder Vertraulichkeit gegenüber Personen des Mannschaftsstandes auch außer Dienst zu enthalten haben, also beileibe nicht das Gefühl aufkommen lassen dürfen, daß ein gemeinsames Band völkischer Zusammengehörigkeit alle umschlingt. Der Militarismus will eben, daß sich die Fiktionen und sozialen Ansprüche des feudalen Junkertums auf seine Offizierskaste übertragen, und er will nichts anderes. Was seine Vertreter gelegentlich über das Volk in Waffen reden, halten sie selber für eine leere Phrase.

Es fragt sich nun, ob die kriegerischen Leistungen der balkan-slavischen Volksheere wirklich so respektabel sind, daß sich die militäristischen Armeen der Großmächte ein Bild davon nehmen können. Dafür gibt es nun ein untrügliches Kriterium: die Größe der Verluste und ihre Rückwirkung auf die moralische Verfassung der Truppen. Hätten die bulgarischen und serbischen Volksheere alle ihre Siege mit relativ geringen Blutopfern erkauft, so wäre für ihre militäristische Leistungsfähigkeit nicht viel zu beweisen; die Frage ist, ob sie auch bei schweren Verlusten und bei großen Marschstrapazen die Fähigkeit, ihre Offensive strategisch und taktisch durchzuführen, bewahren konnten. Daß dies der Fall gewesen ist, wird niemand bezweifeln können, und bei der strengen Geheimhaltung der Verlustziffern darf man sogar mit Zug annehmen, daß sowohl die Bulgaren als auch die Serben ganz außerordentliche Verluste trugen, ohne auch ihre Effektivität einzubüßen, geschweige denn an die Grenze der psychisch möglichen Widerstandskraft gegenüber den auflösenden Eindrücken der Schlacht gelangt zu sein. Nach dem, was durchgesichert ist, läßt sich vermuten, daß einzelne bulgarische und serbische Verbände, namentlich in den Schlachten bei Düle-Burgas und Prileg gegen schwere Verluste eine Unempfindlichkeit bewahrt haben, die der vielbewunderten Todesverachtung der japanischen Krieger sehr nahe kommt. Als zweifellos sicher steht fest, daß die psychische und moralische Leistung der bulgarischen und serbischen Truppen im Zeitabschnitte der scharfen Offensive mindestens jener der deutschen Armeen bis zum Abschluß der Tragödie von Mez ebenbürtig gewesen ist und sie wenigstens in Hinsicht auf geduldiges Ertragen von Verpflegungsschwierigkeiten noch beträchtlich überbot. Wenn sich ein Vorwurf gegen die militäristische Haltung dieser Volksaufgebote erheben läßt, so ist es höchstens der, daß sie mitunter den leidenschaftlichen Angriffswillen, den ihnen das klare Bewußtsein des Kriegszweckes eingepflanzt hat, gar zu hemmungslos betätigten und im heißen „Orange nach vorwärts“ alle Gebote der Selbstschonung außer Acht ließen. Zu viel Angriffskraft haben die Milizen und Halbmilizen bewährt, nicht zu wenig. Doch man kann wohl nicht annehmen, daß die Vertreter des Militarismus ernstlich den Einwand machen werden, daß echte Volksheere das militäristische Ideal der Selbstaufopferung um des taktischen Zwecks willen noch überbieten.

Man könnte nun noch einwenden, daß auch die türkische Armee, die doch so häufig versagt hat, nach ihrer ganzen Struktur mehr ein milizartiges Massenaufgebot gewesen ist als eine moderne militäristische Feldarmee. Das wird auch tatsächlich von militäristischer Seite bereits behauptet, und während man noch vor wenigen Wochen die Redits als ein in seiner Gottesfurcht, seiner Frömmigkeit und seinem unbeirrten Schicksalsglauben unbezwingliches Mustermilitär darstellte, sollen sie nun den Beweis dafür bilden, wie haltlos eine Armee ist, in

der die milizartigen Züge überwiegen und in der das eiserne Rückgrat eines mehrjährig gedrückten stehenden Heeres nur schwach ausgebildet ist. In Wirklichkeit ist in der türkischen Armee nicht eine Spur von dem zu finden, was das Wesensmerkmal eines Volksheeres ausmacht, und es ist eine sehr bequeme Auffassung, wenn man ein chaotisches Gemenge von unorganisch durcheinandergewürfelten Wehrtypen eine Miliz nennt. Soweit die türkischen Volksaufgebote versagt haben, erklärt sich das zulänglich aus ihrem mehrjährigen Mißbrauch zu allen möglichen militäristischen Zwecken, der sie einfach an den Rand ihrer Geduld brachte und ihre Fähigkeit, die Verteidigung der Türkei als eine alle Leidenschaften aufpeitschende Volkssache aufzufassen, völlig auslaugte. Trotz alledem haben die türkischen Landwehr- und Landsturmeute sich, wie ihre ungeheuren Verluste beweisen, noch weit besser gehalten, als man es eigentlich nach dem Zusammenbruch der Verwaltung, der Organisation, der Führung und vor allem des echt militäristischen Elements — des Offizierskorps — erwarten durfte. Schließlich darf doch nicht vergessen werden, daß unter normalen Verhältnissen, wenn nicht besondere Fähigkeiten der Führung und besondere Vorzüge der Organisation die numerische Schwäche ausgleichen, doch immer die Minderzahl der Ueberzahl erliegen muß — wie dann erst, wenn diese Minderzahl unzulänglich bewaffnet, verpflegt und zum großen Teil nicht einmal in primitivster Weise für den Kampf ausgebildet ist. Die Niederlage der Türkei beweist nur das eine, daß sich keine geschichtliche Entwicklung über ihre ökonomischen Grundlagen erheben kann und daß ein Staat, der, insbesondere was die Wehrverhältnisse betrifft, in der Hauptsache noch auf der Entwicklungsstufe des 18. Jahrhunderts steht, bestenfalls mit einer konfribierten Soldateska, wie wir sie bis nach dem Jahre 1866 hatten, vorlieb nehmen muß und nicht reif ist, für ein im Kriegsfalle durch rasche Mobilisierung zu erstellendes Volksheer mit milizartigem Gepräge.

Das Beweisegebende an den Kriegererfahrungen, um die der Balkankrieg das militäristische Europa bereichert hat, findet sich nur im Verhalten der Heere des Balkanbundes, und was es beweist, ist nur dies eine: daß die militäristische Entwicklung unauhaltbar der Auflösung des Militarismus und der völligen Demokratisierung der Wehrverfassungen zutreibt. Der Militarismus, der sich dieser Bahn am beharrlichsten verschließen wird, der wird es auf dem Schlachtfelde am bittersten zu büßen haben. (Hugo Schultze im „Kampf“.)

## Politische Rundschau

Deutschland.

Stimmungsbilder aus Ostbrien.

Die große Frage der gestrigen Sitzung war die Behandlung der eigenartigen Wahl, durch die es dem ostbrienschen Landrat v. Halem gelingen konnte, in den Reichstag einzubringen. Bei den Hauptwahlen im vorigen Januar ist Herr v. Halem im ersten Wahlgang und im zweiten Wahlgang gegen seinen polnischen Gegner durchgefallen, er hat aber genügend arithmetische Kenntnisse, um sich doch als gewählt herausrechnen zu können, oder, wie heute sein Fraktionskollege v. Derzen sagte, man hat die geeigneten „rechnerischen Berichtigungen“ eintreten lassen. Es darf bei dieser Gelegenheit nicht veressen werden, daß nach dem Beschluß der Wahlprüfungskommission auf Ungültigkeitserklärung des landräthlichen Mandats — nach einem Beschluß, der übrigens einstimmig gefaßt worden ist — Herr v. Halem den merkwürdigen Geschmack befehen hat, mit ganz gleichgültigen formaljuristischen Einwänden die Zuständigkeit der Wahlprüfungskommission ausdrücklich zu bestritten! Schließlich legte er doch nieder, und da ist er in der Zwischenzeit wiedergewählt worden, nach allem, was man hört, durch dieselben Mittel, sodaß auch diesmal das Schicksal seines Mandats kaum zweifelhaft sein kann.

Der Reichstag hat zu entscheiden über eine Resolution, die die Kommission seinerzeit eingebracht hat, um vom Reichskanzler die Berichtigung der unethischen Eingriffe des Wahlkommissars für die Zukunft zu verlangen, wie sie im vorigen Jahre unternommen worden sind. Nacheinander enthielten der Pole Dr. v. Laszewski, unser Genosse Stadthagen, der Vorsitzende Neumann-Hofer und der Pole v. Trapezinski die wirklich ungläublichen Vorgänge bei dieser Wahl. Der Landrat v. Halem hat in der Tat für den reichsparteilichen Kandidaten v. Halem ausgezeichnet gearbeitet, und der Wahlkommissar, der einer seiner Untergebenen war, hat ihn nach Kräften unterstützt. Die Herren sind soweit gegangen, daß sie in einer beforderen Anweisung an die Wahlvorsteher die Ungültigkeitserklärung an diejenigen polnischen Stimmzettel geradezu gefordert haben, auf denen der Name „v. Saff-Taworski“ mit einem „i“ statt

... geschrieben war. Selbst der Ministerial-  
direktor Lewald mußte mitteilen, daß schon im vorigen  
Jahre der Minister des Innern dem Wahlkommissar gegen-  
über dieses Vorgehen als weder durch das Gesetz noch  
durch das Reglement begründet bezeichnet hat. Mit Furcht  
und Recht verlangte unser Redner, daß der Wahlkom-  
missar wegen Verletzung der Verfassung und des  
Rechts der Reichskammer ein entsprechendes  
Eingreifen des Staatsanwalts veranlasse. Viel wohl-  
wollende Bemerkungen der Zentrumsredner Dr. Pfleger  
den Fall, der auf Fahrlässigkeit anzunehmen geeignet war,  
während der Reichskammer v. Berg die höchst un-  
beachtliche, aber übernommen hat, allerhand zu Gunsten  
seiner Freunde zuzubringen. Daß er damit nicht viel  
Gutes haben konnte, braucht nicht erst gesagt zu werden.

In Verlauf der Sitzung war die Debatte über der  
Wagener'schen Ende geführt worden. Nach dem Reichs-  
parlament v. Camp und dem Anticommunisten Mumm sprach  
noch Herr Wittmann, der das Klüglichsste an den  
Zuständen in dem Industriegebiet noch einmal hervorhob.  
Er ging hierbei auch auf die allgemeinen Ursachen  
des Mangels zurück, die in der politischen interna-  
tionalen Situation begründet sein könnten, und schloß mit  
den Worten: „cetero censeo“, das jede Betrachtung preussischer  
Politik im sozialen und wirtschaftlichen Leben aufzwingt.  
Weg mit dem Dreiklassenwahlrecht! Schließlich wurde  
noch die Beratung der Denkschrift über die Beamten-  
organisation der Reichspost begonnen. Genosse Chert  
entwarf in einer gut dokumentierten Rede die Kritik  
der gegenwärtigen rein fiskalen aufbauteilen Organisation  
und die Forderung, die die Sozialdemokratie stellt. Die  
Verhandlung geht heute weiter, nachdem zuvor die kleinen  
Anfragen erledigt sind.

### Die neue Militärvorlage.

Die „Post“ brachte am Mittwochabend die Ausföhr-  
erregende Mitteilung, daß dem Reichstage im Januar  
eine Militärvorlage zugehen werde, die sich nicht mit  
der herkömmlichen Uebersichtlichkeit deckt. Nach den Angaben der  
„Post“ ist gebildet werden ein neues Armeekorps  
unter dem Kommando des noch vorhandenen überbleibenden In-  
fanterie-Regiments. Die Kavallerie soll schon im Frieden  
zu Kavallerie-Divisionen zusammengezogen werden. Die  
Friedensstärke der Kavallerie-Kompanien wird erhöht.  
Die Besatzung der Artillerie wird vermehrt. Die Er-  
satzreserve soll, wie in früheren Jahren wieder zu Uebun-  
gen an drei aufeinander folgenden Jahren vor je 10,  
6 und 4 Wochen Dauer einberufen werden.

Im ersten Moment nahm man an, daß es sich um ein  
Militärreformgesetz der „Post“ handele. In den Wandel-  
gängen des Reichstages wurde man zweifelnd die Uebersicht.  
Das Militär-Bureau erklärte in vorgerückter Abendstunde  
die Meldung für unrichtig. In Wirklichkeit aber dürf-  
ten, so steht jetzt fest, die Angaben der „Post“ in der Tat  
das Richtige treffen. Offenbar hat das Kriegsmini-  
sterium die „Post“ dazu benutzt, um einen Fühler auszu-  
strecken. Bereits am Donnerstag konnte der „Berliner  
Volkswagen“ in seiner Morgenausgabe schreiben:

„Soweit wir unterrichtet sind, dürften die Mitteilun-  
gen verfehlt sein. Daß ein Ergänzungsgesetz mit Forderungen  
zur Ausfüllung organisatorischer Lücken des Heer-  
wesens kommen soll, ist bekannt. Dagegen ist es unzu-  
treffend, daß dieser Nachtragsetz in seinen Einzelheiten  
schon feststehen soll. Man wird daher gut tun, abzuwarten,  
zu welcher endgültigen Gestalt der Nachtragsetz die  
noch nicht abgeschlossenen Vorarbeiten führen werden.“

Auf der gleichen Ton ist ein offizielles Berliner  
Telegramm der „Köln. Ztg.“ gestimmt. Auch hier wird  
verfügt, die Angaben der „Post“ seien verfehlt, in  
mehreren Punkten wahrscheinlich auch übertrieben. Um  
den Eindruck, den eine neue Militärvorlage gerade im  
gegenwärtigen Moment hervorzurufen muß, in etwas ab-  
zuschwächen, verfehlt die „Kölnische Zeitung“:

„Jedenfalls möchten wir schon jetzt der Ansicht ent-  
gegenstehen, als ob augenblickliche Bedürfnisse der aus-  
wärtigen Politik neue militärische Forderungen nötig  
machten. Als der gegenwärtigen politischen Situation  
wären die Änderungen und organisatorischen Verbesse-  
rungen, die in Frage stehen, nichts zu tun haben.“

Es ist kein Zweifel mehr möglich, der große Ueber-  
schuß wieder ein. Die neue Militärvorlage muß in ihrer  
Umfangreichen Wirkung alles bisher Dagewesene übersteigen.  
Die Preise der Gewehr-, Munitions- und Kanonen-  
lieferanten ist bereits in hohem Maße ausgebrochen. Un-  
gezählte Projekte wintern. Hätte man noch zwei Jahre  
gewartet, dann hätten wir vermutlich in einer wirt-  
schaftlichen Krise, deren Anzeichen schon heute un-  
verkennbar sind. Deshalb hielt man es für angebracht, die  
Güter der Uebersicht auszunutzen. Die Kommissar  
und Ueberblick militärischen geworden, von ihnen ist ein  
Widerstand nicht zu erwarten, den Nationalliberalen  
wird die neue Vorlage eher zu wenig als zu viel fordern.  
Die einzige Partei, die diesen an Wahnsinn grenzenden  
Forderungen keine ablehnend gegenübersteht, ist die  
Sozialdemokratie. Was aber wird das Zentrum  
tun? Es hat dem Kaiser den Krieg erklärt. Der  
Kriegsminister hat die ungelegte Abänderung der Ka-  
binetsbeschlüsse des Reichstages betreffend, noch nicht  
erklärt. Das Zentrum hat es in der Hand, die  
Militärvorlage zum Scheitern zu bringen. Wird es die-  
sen Schritt wagen? Die Folge wäre natürlich  
eine Kabinetskrise, bei der das Zentrum nichts  
zu verlieren hätte, denn das Wahlgesetz ist ein gerade-  
zu unüberwindliches Hindernis für die farblichen Kräfte zu  
bestimmen und etwas Opposition könnte das viel ge-  
langene Zentrum des Zentrums nur wieder haben.

Die auswärtige Lage ist nach der Veränderung der  
Kriegsfront nicht der Grund für die neue Militärvor-  
lage. Wo liegt nun die Gefahr? Will man be-  
wachtigter Kräfte herbeiführen, damit die Sozialdemokratie zu treffen? Ja,  
wenn es es der Despoten-Kolonne, die heute in  
Deutschland wachsend sind. Die Augen offen halten  
und auf alles gefaßt sein, das sind die Hauptforder-  
ungen dieser neuen Situation.

### Die Konzeptionen als Zeichen.

In der Provinz Hannover liegen sich Konzeptionen  
der Nationalliberalen ganz besonders in den Händen.  
Der Herr Dietrich Hahn hat das Wort geprägt, er werde  
in der Provinz Hannover als die der Nationalliberalen als

der Provinz Hannover verdrängt sei. Einsteilen ist  
freilich Herr Dietrich Hahn selbst aus der Provinz ver-  
drängt worden, denn er verlor sein Reichstagsmandat  
an den nationalliberalen Freiherrn v. Nichtbosen. In  
den letzten Tagen haben nun die Konservativen einen  
großen Kummel in Hannover inszeniert, wozu man sich  
als Hauptattraktion den Junker Elard v. Oldenburg-  
Lanshan verschrieben hatte. Mit der Wahl dieses  
Mannes zum Hauptredner war der Veranstaltung der  
Simpel aufgedrückt. Natürlich krähte auch der Diet-  
rich Hahn. Die Verhandlungen waren auf den Ton ge-  
stimmt: die hannoverschen Nationalliberalen müssen bei  
den bevorstehenden Landtagswahlen den Konservativen  
Schlepperdienste leisten, dann will man Gnade für Recht  
ergehen lassen und sie wieder in eine Blockgemeinschaft  
aufnehmen.

Eine Resolution, die, mit den Ausführungen der  
Redner sich deckend, Annahme fand, enthält eine gerü-  
telte Menge von Zusätzen für die Nationalliberalen.  
Sie fordert nämlich als Hauptaufgabe aller Ordnungs-  
parteien, den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit  
schärfstem Nachdruck auf der ganzen Linie von neuem  
wieder aufzunehmen, bei der in bedrohlicher Weise zu-  
nehmenden Macht der Sozialdemokratie den national-  
liberalen Liberalismus vor allem auch in Hannover  
wieder an die Seite der konservativen Parteien zurück-  
zuführen zu erneuertem Wettstreit in der Verteidigung  
der Monarchie, des Vaterlandes und der Interessen der  
bürgerlichen Gesellschaft. „Wir erwarten deshalb von  
der nationalliberalen Partei unserer Provinz, daß sie  
entsprechend den Vorgängen in Schleswig-Holstein,  
Westfalen usw. sich wieder nationalen Tendenzen zu-  
wendet, da nur unter dieser Voraussetzung eine ge-  
meinsame politische Arbeit der konservativen Partei  
und des gemäßigten Liberalismus und des Zentrums  
zur Abwehr der Sozialdemokratie möglich ist.“

Bei der absolut unsicheren, schwankenden Haltung  
der Nationalliberalen ist freilich anzunehmen, daß sie sich  
auch noch dazu erniedrigen, den Junkerhiesel zu fassen,  
der sie eben getreten hat.

### Im Kampfe gegen die Arbeiterorganisationen auf dem Lande.

Wenn man vor Konzeptionen an die Arbeiter hört,  
dann kann man sicher annehmen, daß diese Konzeptionen  
weniger von Wohlwollen für die Arbeiter als von  
Eigennutz getragen sind. Schon Bismarck erklärte, daß  
die Arbeitergehege nur der Furcht vor der Sozial-  
demokratie entsprang und ein Bollwerk gegen diese sein  
sollte. Um nun den Landarbeiter-Organisationen das  
Wasser abzugraben und wohl auch im Hinblick auf den  
preussischen Parteitag, der sich in diesen Tagen mit der  
Landarbeiterfrage gründlich beschäftigte, will jetzt die  
Regierung den Landarbeitern ihre Hand bieten, wozu  
sich die Arbeiter allerdings bestens bedanken werden.  
Bekanntlich wurde nicht nur der Landarbeiterverband,  
sondern auch eine freisinnige, eine christliche und eine  
Landarbeiterorganisation gegründet. Gegen diese Or-  
ganisationen sollen nunmehr die landwirtschaftlichen  
Behörden und Verbände dadurch praktisch in Wirk-  
samkeit treten, daß die Zuziehung der Arbeiter zu den all-  
gemeinen landwirtschaftlichen Organisationen, den  
Landwirtschaftskammern, den landwirtschaftlichen Ver-  
einen und Genossenschaften, den Wohlfahrtsvereinen  
und lokalen, sowie allgemeinen vaterländischen Organi-  
sationen mit aller Energie in die Hand genommen wird.

„Gewerkschaften kann das platte Land auf keinen  
Fall gebrauchen.“ — Mit diesen Worten begrüßte das  
preussische Junkerblatt, die „Kreuzzeitung“, vor einigen  
Tagen den neugegründeten christlichen Landarbeiterver-  
band. Diesen Wind der Junker scheint man „oben“ ver-  
standen zu haben, und daher die behördliche Energie  
gegen die Landarbeiterverbände, denen man das Wasser  
abgraben will.

### Gegen die Landflucht.

Nach einer Meldung der „Post“ haben die in Frage  
kommenden preussischen Ministerien eine Verfügung er-  
lassen, nach welcher bei Genehmigung neuer gewerb-  
licher Stellenvermittlungsbetriebe auf dem Lande die  
Erlaubnis verweigert werden soll, wenn sich deren Tätig-  
keit auf diejenigen Arbeiterklassen bezieht, mit deren  
Nachweise sich die landwirtschaftlichen Arbeitsnachweise  
befassen. Bei der Vermittlung ausländischer Arbeiter  
soll die Deutsche Arbeiter-Zentrale besondere Berücksich-  
tigung finden, was dadurch zum Ausdruck gelangen soll,  
daß eine gewerbliche Stellenvermittlung für diese Ar-  
beiter als allgemein überflüssig zu erachten ist.

Der Zweck dieser Verfügung ist natürlich, die länd-  
liche Bevölkerung noch mehr an die Scholle zu fesseln,  
zugunsten der Agrarier.

### Militärärzter und Postverwaltung.

Der Abgeordnete Werner (Hersfeld) hat in einer  
Anfrage darauf hingewiesen, daß unter einem Teil der  
mittleren Reichs-Post- und Telegraphenbeamten eine  
Bewegung im Gange ist, die eine verschiedenartige Be-  
handlung der aus dem Zivil- und der aus dem Militär-  
anwärterstande hervorgegangenen Beamten der Militär-  
entlaste in Bezug auf ihre Beförderungs- und Befol-  
dungsverhältnisse erstrebt. Die Reichspostverwaltung  
hat nunmehr darauf geantwortet, daß eine Uenderung  
der Personalordnung weder in dieser, noch in einer an-  
deren Richtung beabsichtigt ist. Eine Bevorzugung der  
Militärärzter soll demnach nicht stattfinden.

### Reichstagswahl in Ausföhr.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages er-  
klärte am Donnerstag die Wahl des keiner Fraktion  
angehörigen, ehemals nationalliberalen Abg. Dr.  
Beder-Sprendlingen, der in Alzen-Bingen gegen  
den freisinnigen Pfarrer Kroll gewählt ist, mit 9 gegen  
5 Stimmen für ungültig. Tritt der Reichstag diesem  
Beschlusse bei, so wird in Alzen-Bingen eine Nachwahl  
stattfinden haben. Bei der Hauptwahl im Jahre 1912  
entfielen Stimmen auf Dr. Beder (Nrl.) 10 848, auf  
Kroll (Frp.) 9 727, auf Adlung (Soz.) 2 315.

Dann prüfte die Kommission die Wahl des Konser-  
vativen Abg. Siebenbürger, der im Wahlkreis  
Kangard-Regenwalde im ersten Wahlgang mit 12 111  
Stimmen gewählt wurde. Auf den nationalliberalen

Kandidaten entfielen 4733, auf den Sozialdemokraten  
1777 Stimmen. Von nationalliberaler Seite wurde  
Protest erhoben, weil die Wahl nach konservativer Man-  
nier gemacht worden ist. Als Wahlkreise dienten Kapp-  
schachtel, Sappenschüssel und Jägerentlöfen. Die  
Wahlkreise bestanden in einem Falle aus einem Latten-  
schlag, durch den man jeden Wähler beobachten konnte,  
in einem anderen Falle hatte man einen Beltschirm ver-  
wendet; oben an der Decke war ein Spiegel angebracht.  
Freilich ist in Mengen gespendet worden. — Die  
Prüfung der Wahl wird in der nächsten Sitzung fort-  
gesetzt.

### Die Eröffnung des württembergischen Landtags

erfolgte Donnerstag im Sitzungssaal der Zweiten Kam-  
mer durch den König mit einer Thronrede, welche als  
erste und wichtigste Aufgabe die Feststellung des Etats  
für die nächsten zwei Jahre bezeichnete. Mit Betriedig-  
ung wird auf den wohlgeordneten Stand der Finanzen  
hingewiesen. Die Hebung der Lebensansprüche aller  
Kreise des Volkes und das gleichzeitige Sinken des Geld-  
wertes erfordert größere Mittel. Die Ausgaben für  
kulturelle und Wohlfahrtszwecke seien ständig gestiegen.  
Es werden heute Wünsche erfüllt, denen zu entsprechen  
früher für unmöglich gegolten hätte. Diesen Fortschritt  
ermöglicht die Blüte des Landes. Der Thronredner  
hofft, daß die eingeschlagenen Wege weiter verfolgt und  
daß fortgebaut werde an der Vervollkommnung der ein-  
zelstaatlichen Einrichtungen. Versprochen wird der  
Weiterausbau der Verkehrswege, die planmäßige För-  
derung für alle Zweige des Unterrichtswesens, die neue  
Ordnung der inneren Verwaltung, eine Reform der  
Körperschaftsrechte der Beamten und Unterbeamten,  
eine Erweiterung des Besteuerungsrechtes der Gemein-  
den und ein Gesetz über die Ordnung des Staatsrechtes.  
Schließlich wünscht die Thronrede die Erhaltung des  
Friedens.

In unmittelbarem Anschluß an die Eröffnung hielt  
die Zweite Kammer unter dem Vorsitz des Gen. Tau-  
scher als Alterspräsident, ihre erste Sitzung. Tauscher  
begriüßte die Abgeordneten und wies auch auf die seit  
Monaten drohende Kriegsgefahr hin. Oberste Aufgabe  
jeder demokratischen Volksvertretung sei, den leichtfertigen  
Friedensstörern in den Weg zu treten und für Sicher-  
ung des Friedens einzustehen. Daneben sei die Aufgabe  
der Volksvertretung, der sozialen Frage die größte Aus-  
merksamkeit zu schenken und allen, sich aus der modernen  
Entwicklung ergebenden Bedürfnissen des Volkes ent-  
gegen zu kommen. Hierbei müsse für den Volksvertreter  
der Willspruch gelten: „Suprema lex solu populi“. Die  
Ansprache wurde von der linken Seite des Hauses mit  
lebhaftem Beifall aufgenommen.

Auf der Tagesordnung der zweiten Sitzung steht  
die Präsidentenwahl.

### Der elsaß-lothringische Etat für 1913

schließt mit 7 583 622 Mark ab, und weist damit gegen  
das Vorjahr ein Mehr von zwei Millionen auf, die  
durch Verkauf von Staatseigentum und die Höher-  
anhebung von Steuererträgen gedeckt werden. Der  
Dispositionsfonds des Reichstatthalters ist um 30 000  
Mark gekürzt. Der kaiserliche Gnadenfonds bleibt mit  
100 000 Mark unverändert. Um die Repräsentations-  
kosten des Statthalters, die nach dem Beschluß des Land-  
tags von 200 000 auf 100 000 Mark reduziert werden  
sollten, wird sich wieder ein Kampf entspinnen da die  
Regierung diese Position ungekürzt gelassen hat.

### Osterreich-Ungarn.

Zum Wahlrechtskampf der ungarischen Arbeiter-  
schaft. Eine Vertrauensmännerkonferenz der haupt-  
städtischen politischen und gewerkschaftlichen Organi-  
sationen beschloß einstimmig, dem außerordentlichen Par-  
teifongress eine Resolution vorzulegen, die den allge-  
meinen Streik während der Verhandlung der Wahlre-  
form im Reichstage fordert. Die Budapester Partei-  
organe bringen an der Spitze des Blattes einen Aufruf  
an die gesamte Arbeiterschaft, durch den der allgemeine  
Streik nicht nur für die hauptstädtischen Arbeiter, son-  
dern für die gesamte Arbeiterschaft des ganzen Landes  
für notwendig erklärt wird. Die Arbeiterschaft wird  
aufgefordert, die Agitation sofort zu beginnen und für  
den Streik einen Sparpfennig zurückzulegen, da der  
Streik voraussichtlich längere Zeit dauern werde. Am  
Mittwoch fand in Budapest eine Arbeitslosenversamm-  
lung statt, an der nahezu 10 000 Menschen teilnahmen.  
Die Versammlung demonstrierte auch gegen das ge-  
plante Wahlrecht, da ein Paragraph in diesem Gesetz die  
Arbeitslosen entrechtet. Die „Nepszawa“ sollte sich am  
Mittwoch vor dem Geschworenengericht wegen mehrerer  
Artikel verantworten, in denen Tisza und Lukacs scharf  
angegriffen wurden. Da die letzten Preßprozesse, ins-  
besondere der Prozeß Julius Kovacz, mit einem Frei-  
spruch endeten, lehnte es die Staatsanwaltschaft ab, die  
Preßprozesse vor den Geschworenen zu verhandeln und  
zog in letzter Minute die Anklagen gegen die „Nepsz-  
awa“ zurück.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 10. Januar.

Kinderhospital. Wie wir erfahren, wird der für das  
Kinderhospital auf dem Grundstück Kahlhorststraße 31/33 er-  
richtete Neubau dem Publikum am Sonntag, dem 12. Januar  
von 2 bis 4 Uhr nachmittags zur Besichtigung geöffnet sein.  
Nur Erwachsene ist der Zutritt gestattet.

b. Strafkammer am 10. Januar. Vorricht bei Er-  
hebung von Zeugnissen führen vor Gericht ist in  
jedem Falle geboten. Nicht selten wird die Lohnangabe ober  
der Lohnverlust nicht so genau genommen, sehr zum Schaden  
des Erlassfordernden, wenn sich nachher keine Angaben als  
unwahrscheinlich herausstellen. Als in einem Zivilprozeß der Ver-  
storbene, dem die Kosten des Rechtsstreites — auch die außerger-  
ichtlichen der Ehefrau — auferlegt worden waren, die Ge-  
richtskostenrechnung zugestellt bekam, beanstandete er die er-  
höhten Gebühren der Gegenpartei. Diese vertrat der  
Reisende B. im Auftrage der Frau. Er hatte seinen Erlass-  
anspruch auf Grund eines Jahreseinkommens von 1500 Mark  
gestellt, während er in Wirklichkeit nur 900 Mark verfügte.  
Von dem Gerichtsschreiber wurde B. die allgemein übliche  
Frage vorgelegt: „Wieviel Einkommen versteuern Sie?“  
Daraufhin sprach B. die Ziffer 1500 Mark aus. Er forderte

Matth. Zeigengebühren, 5 würden ihm zugestimmt. Doch auch diese 5 Mark wurden beanstandet; es ward ihm plausibel gemacht, daß er nicht nötig gehabt hätte, den ganzen Tag zu verweilen. Er bekam 3,50 Mark. Da auch dieser Betrag nicht dem verfluchten Einkommen entsprach, wurde er wegen Betrugs angeklagt und vom Schöffengericht zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil legte der Angeklagte sowohl wie die Staatsanwaltschaft Berufung ein. B. behauptet heute, er sei nicht nach dem steuerbaren Einkommen gefragt worden, sondern der Gerichtsschreiber hätte gefragt: „Wenig Einkommen haben Sie?“ Im fraglichen Jahr habe er tatsächlich jenseit verdient. Was er verflue, habe er nicht gewußt, er bekümmerte sich nicht darum; das erledigte seine Frau. Er habe sich im guten Glauben befunden, daß das wirkliche Einkommen maßgebend sei. Das Gericht kommt zur Freisprechung, obwohl der Staatsanwalt 6 Wochen Gefängnis beantragt hatte. Es handle sich um einen Mann mit unregelmäßigem Einkommen, der allerdings vor dem Schreiber einen Irrtum seines steuerbaren Einkommens erregt habe, doch sei das Gericht nicht in der Lage ihm nachzuweisen, daß durch die vergüteten 3,50 Mark ihm ein rechtswidriger Vermögensvorteil erwachsen sei.

b. Das Schöffengericht fällt am Donnerstag das Urteil gegen die beiden Medlenburger Fischer L. und R. aus Bülz, die entgegen dem Lübschen Fischereigesetz in einem Bereich mit der Kaisersee ihrem Gewerbe oblagen, das Lübscher Oberhoheit unterliegt. Sie wurden nach dem Antrag des Staatsanwalts in voriger Sitzung zu je 10 Mark und zur Zahlung von 50 Mark für die Fischereiarbeit verurteilt. Die Urteilsbegründung streifte ebenfalls die historische Entwicklung der engeren Seerechtsverhältnisse, führte an, daß Lübeck schon im dreizehnten Jahrhundert die Bucht mit Schiffszeichen versehen habe und daß durch Lübeck die Bucht gebaggert und vertieft worden sei. Der Lübsche Staat habe ferner Wachtschiffe aufgestellt, Gebühren nicht nur im Hafen, sondern auch auf der See nach eigenem Ermessen erhoben und das Fahrrecht von jeher in der ganzen Bucht ausgeübt, ohne daß gegen sein Handeln irgend welche grundsätzliche Bedenken seitens Medlenburg erhoben worden wären. Das Recht der Daffower Fischer im angezogenen Bezirk könne nicht in Vergleich gestellt werden, die Angeklagten könnten sich auf diese nicht im guten Glauben berufen, denn die Daffower Fischer seien in die Lübsche Fischereigenossenschaft aufgenommen. Ehenowenig komme die Auskunft des Regierungsrats Dr. Dröcher in Schwerin in Betracht, wonach Medlenburger Fischer im frischen Gewässer ihr Gewerbe ausüben dürften. — Ein finnischer Heizer hat einem Kapitän an der Untertrave ein Paket mit Schwären im Werte von 5-6 Mark gestohlen. Nach der Auslegung des Angeklagten wurde ihm dieses Paket von einem Unbekannten so quasi im Vorbeigehen an den Kopf geworfen. Das Gericht läßt sich auf diese Begriffsverwechslung nicht ein und verurteilt ihn zu drei Wochen Gefängnis. — Bei einem allgemein als solide bekannten Arbeiter J. endete ein Sonntagspaziergang nachts um 1 Uhr auf der Postelwache. Er hatte außerhalb der Regel einige Schritte Bier mehr getrunken als er vertragen konnte, und benahm sich in diesem Zustande etwas ungemütlich, so daß er aus einem Tanzlokal hinauskomplimentiert wurde. Überzieher und Hut wollten ihm die Begleiter bringen. Doch glaubte er sich noch stark genug auf den Füßen, um dies selbst besorgen zu können. Bei diesem Streik um den Hut kam die Polizei hinzu; deren Anordnung fügte sich J. nicht, seine Hand soll sogar das Ähnlitz des Schutzwannes flüchtig beschattet haben. Nachdem ihn drei Mann ins Revier gebracht, kam der Angeklagte so halbwegs wieder zu sich; da war's zu spät, der Widerstand gegen die Staatsgewalt vollendet. Das Gericht nahm mildernde Umstände an, konnte jedoch aus dem Vorgehen des Angeklagten nicht schließen, daß beim Begehen der Tat ein Zustand der Bewußtlosigkeit vorgeherrschet habe, der die freie Willensbestimmung ausgeschlossen hätte. Es verurteilt J. zu 50 Mark Geldstrafe wegen Widerstands und zu 5 Mark wegen ruhestörender Lärms. Zu erwähnen wäre hierbei noch, daß eine große Betriebsgesellschaft den Mann dieses Vorfalls wegen außer Brot stellte, ehe eine gerichtliche Entscheidung stattfand. Dabei stellen ihm die Mitarbeiter das Zeugnis eines außerordentlich ruhigen Menschen aus.

Risiko der Arbeit. Heute morgen 7¼ Uhr verunglückte auf der Werft infolge eines Fehltritts und mangelnder Schutzvorrichtungen der Arbeiter K. aus Fadenburg. Er stürzte zum zweiten Zwischendeck des Bordraums der „Ascania“ in den Raum und zog sich eine Kopfverletzung und Gehirnerschütterung zu, so daß er ins Krankenhaus überführt werden mußte. Erst nach dem Unfall wurden Schutzvorrichtungen angebracht. Das Sprichwort heißt ja auch: Ist das Kind ertrunken, wird der Brunnen dicht gemacht.

Die Direktion des Stadttheaters hat sich, vielfach geäußerten Wünschen entsprechend, entschlossen, heute, Freitag, sowie morgen, Sonnabend, zwei Aufführungen des Berliner Ensemble-Gastspiels zu halben Preisen zu veranstalten, um so allen denen, die den neuen Schläger „Sündenböcke“ noch nicht sahen, den Besuch dieses mit so großem Erfolge gegebenen tollen Schwanks zu ermöglichen. Es ist ratsam, Karten in den bekannten Vorverkaufsstellen zu entnehmen. (Keine Gebühr.) Sonntag, nachmittags 3¼ Uhr, geht ebenfalls bei ermäßigten Preisen „Sündenböcke“ in Szene, während abends der neue Raffinament „Die Welt ohne Männer“ alle Freunde des Humors anziehen dürfte.

pb. Diebstahl. Vom Hofe des Hauses Moislinger Allee 148 sind am Mittwoch den 8. d. Mts. drei Normal-Herrenhemden und zwei weißgestreifte Barchenthemden gez. „A. L.“ und vom

Hofe des Hauses Moislinger Allee 148a zwei Normalhemden von der Wäscheleine gestohlen worden.

Schwartau. Thron, Altar und Arbeiter lautet das Thema, über das am Sonntag Genosse Kalinbach-Hamburg im „Gasthof Transvaal“ referieren wird. Der Name des Referenten, der als ein ausgezeichneter Redner auf dem Gebiete der Freiendenkennung bekannt ist, bietet die Gewähr, daß es ein genussreicher Abend für alle denkenden Besucher sein wird. Zahlreicher Besuch ist erwünscht.

Fadenburg. Auf die Volksversammlung, die am 12. Januar im Poetauschen Lokale stattfindet, sei hiermit hingewiesen. Das große Interesse, daß der Freiendenkennung überall entgegengebracht wird, sollte auch für das aufwärtsstrebende Proletariat Fadenburgs und Umgegend ein Ansporn zu regem Versammlungsbesuch sein. Für alle diejenigen, die ihr Wissen auch auf diesem Gebiete erweitern wollen, ist ein Besuch der Versammlung zu empfehlen.

Wilhelmshaven. Freudenhäuser für unsere Marine. Die guten Bürger der von Wilhelm II. besonders häufig verehrten Stadt Wilhelmshaven befinden sich seit einiger Zeit in bedenklicher Aufregung. Gilt es doch, in der Stadt, der der deutsche Kaiser unlängst erst das Coligny-Denkmal schenkte, einen lebhaften Abwehrkampf gegen die Errichtung eines Freudenhauses zu führen. Ein von Gewissensschmerzen wenig geplagter Unternehmer hat bei der Polizeibehörde um die Erlaubnis zur Errichtung eines Logierhauses für Prostituierte nachgesucht. Nun wäre ja an einem solchen Wunsche nichts Besonderes, indes will der gute Mann aber auch einen Restaurationsbetrieb mit Damenbedienung einrichten. Kurz, die Behörde soll die Konjessionierung eines verstellten Bordells bewerkstelligen. Es klingt sonderbar; aber in Wilhelmshaven besteht bereits seit Jahren ein solch öffentliches Haus, dessen Betrieb wohl gegen die Bestimmungen des Strafgesetzbuches verstößt, aber doch regelmäßig längere Zeit abwesende Marinepersonal in Seestädten wie Wilhelmshaven Zutritt zu dergleichen Häusern haben müsse, andernfalls Unfälle auf Frauen und Bürgersöhner nichts Seltenes wären. Gegen die Errichtung weiterer Häuser, deren Genehmigung durch die Polizeibehörde bevorzugen soll, mehren sich nun aber die in der Nähe der projektierten Häuser wohnenden Bürger. Außerlich aus moralischen Gründen, innerlich aber befürchten sie besonders einen Rückgang der Wohnungsmieten. Eine große Protestaktion ist eingeleitet. Der fromme Eigentümern Bohn aus Berlin wurde verschrieben und wofferte gegen das drohende angebliche Unzuchtsgespens. Ein Spatzvogel machte den Vorschlag, eine alte Korvette, wie solche eine Anzahl im Hafen abgelagert liegen, als Freudenhaus einzurichten und diese dann jeweils, wenn hoher Besuch anwesend, mit den Insassen in einen anderen Hafen zu fahren. Dieser Vorschlag erregte wohl großes Gelächter, er konnte aber in der Praxis keine Verwirklichung finden. In der neuesten Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich auch unsere Kommunalverwaltung mit der allenthalben lebhaft diskutierten Frage. Das Ergebnis der mehrstündigen Debatte war die Meinung, daß das benachbarte, auf Oldenburger Gebiet liegende Küstringen das zweite Bordell in seinen Mauern aufnehmen solle. Die Stadt Küstringen denkt aber gar nicht daran, Wilhelmshaven seinen Unrat abzunehmen. Da kein anderer Ausweg sich zeigt und man das stillschweigende Einverständnis mit der staatlichen Polizei fürchtet, ist jetzt wieder Herr Bohn aus Berlin herbeigeholt worden, der das drohende Gespenst bannen soll wie einst Singul Sunold in Hameln die Rattenplage. Er hält Vorträge, in denen er die Bedürfnisfrage verneint und die Gefahren der Freudenhäuser in den grellsten Farben malt. So hat Wilhelmshaven eben seine Sensation und ein Dilemma, aus dem sich kein Ausweg finden will.

Bremen. Die Bürgerschaft hat am Mittwoch den Geschäftsvorstand ohne Widerspruch wiedergewählt. An Stelle eines auscheidenden Schriftführers hatte unsere Fraktion den Genossen R. H. ein vorgeschlagen, aber er vereinigte nur 25 Stimmen auf sich, man wählte den Scharfmacher Bruns. — Der Senat hat einen langwierigen Kampf mit der Bürgerschaft wegen neuer Hilfskräfte einmal und dann über deren Verwendung in Deputationen, Kommissionen und bei den Behörden führen müssen. Die Verweigerung von Hilfskräften geschah vor Jahren in der Hauptsache deswegen, weil der Senat einige von den Gewerbetammer-Vertretern und anderen guten Spiehbürgern gewünschte Senatskandidaten ablehnte. Nun sieht einer davon im Senat und man hat deshalb den Widerspruch fallen lassen. — Um den in Bremen so zahlreichen kleinen resp. kapitalschwachen Hauseigentümern in der Beschaffung der benötigten Hypotheken behilflich zu sein, hatte die bremische Grundbesitzgenossenschaft vom Staat 100 000 Mk. überwiesen haben wollen. Dies Verlangen wurde abgelehnt. Genosse Tiedemann verlangte, daß der Staat nicht den Privateigentümern, sondern den Baugenossenschaften Geld zum Bau von Arbeiterwohnungen gebe. Prinzipiell forderte er, daß der Staat selbst Arbeiterwohnungen baue. Diese Angelegenheit wird die Bürgerschaft noch einmal beschäftigen. — Der Senat hat den Antrag der Bürgerschaft, Staatsarbeiten nur an tariffreie Firmen zu vergeben wieder abgelehnt. Genosse Behle trat dem entgegen. Die Bürgerschaft beharrte auf ihren Antrag, nun muß sich der tariffreie Senat zum dritten Male mit der Sache beschäftigen. — Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Staatsarbeiter sind in den einzelnen Betrieben noch sehr ungleich. Der Senat hat auf einen eingeforderten Bericht geantwortet,

es wäre eine Vereinheitlichung erwünscht, aber man müsse auf gleichartige Privatbetriebe Rücksicht nehmen. Genosse Rhein kritisierte diesen ablehnenden Standpunkt und führte aus, daß in Bremen noch Staatsarbeiter mit Anfangslöhnen von 34 Pfg. pro Stunde bei 13stündiger Arbeitszeit beschäftigt würden. Es müsse eine Behörde geschaffen werden, die diese Frage regelt, er werde deshalb den feinerzeit abgelehnten Antrag auf Schaffung einer sozialen Kommission wieder einbringen.

### Theater und Musik.

Neues Stadttheater. Madame Butterfly, die Tragödie einer kleinen Japanerin, zu der Puccini eine so reizvolle Musik geschrieben hat, gelangte gestern nach mehrjähriger Pause im Stadttheater wieder zur Aufführung. Die Kunst weiter Kreise ist der Oper treu geblieben, wie das gut besuchte Haus bewies. Auch die neue Besetzung der einzelnen Partien wird dem Werk durchweg bestens gerecht; allerdings, den glänzenden Tenor Historis und die so rührend-innige Gertrud Stretten, die früher die Titelpartie sang, vergißt man darüber nicht. Wieder entzündete die stimmungsvolle, in die leuchtenden Farben der fremden Welt getauchte Szenerie, die Herr Oberregisseur Beyer angeordnet hatte. Fr. Janzen gab die Madame Butterfly so zart und lieblich, als es ihrer Wesensart entspricht; auch echte Gefühlstöne standen der reichbegabten Künstlerin besonders im zweiten und dritten Aufzuge zu Gebote. Der Linerton ist auf Herrn Kollwitz übergegangen, der sich auch in dieser Partie als geschmackvoller Sänger bewährte. Herr Barth als Konul war zunächst im Gesang und Spiel zurückhaltender als unbedingt notwendig gewesen wäre; im letzten Akte ging er mehr aus sich heraus, wobur seine Darbietung an Interesse gewann. Die übrigen kleineren Partien wurden durch Fr. Karel (Suzuki) und Schorn (Goro) ausreichend vertreten. Im Chor herrschte früher mehr bewegliche Lebendigkeit, als das gestern der Fall war. Unter der Leitung des Herrn Kapellmeisters Pfeiffer kamen die musikalischen Schönheiten der Oper wirksam zur Geltung. Das Publikum bereicherte den Sängern und dem Werk selbst eine sehr warme Aufnahme.

wb. Stadttheater. Die Welt ohne Männer, Schwank in drei Akten von Engel und Horst. Das Stück ist ein gelungenes Produkt leichter Unterhaltungsdramatik. Es spielt in Wien und zeigt eine Szenerie des gemütlichen Volkslebens. Drei feiche junge Madl haufen zusammen auf einer „Bude“ und führen eine Art kommunikativen Haushalt. Gusti Brandl, im Zivilleben Bureauvorsteherin und Männerfeindin, Christine Höllmeyer, Klavierlehrerin und Stenotypistin und Paula Zehring, Studentin der Medizin. Alle drei blutarm, aber unter dem Szepter Gustis energisch und voll Häß erfüllt gegen die Konkurrenz des anderen Geschlechts. Die ersten beiden waren nämlich zu Beginn arbeitslos. In der Nachbarschaft ist jeder Krämer angepumpt und im Leihamt sind die Madels wie zu Hause. In die Jungfrauenbude pläzt plötzlich ein Mann, der Dr. Max Waldeck, Substitut bei Rechtsanwalt Dr. Specht, momentan auf der Flucht vor dem Manne einer von ihm angebotenen verheirateten Frau. Sein Auftreten ist so fet und feich, daß sich die Männerfeindin Gusti heimlich in ihm verliebt. Dazwischen hinein kommt dann Ludmilla Purzel, die Hauskutschin und der Hausverwalter Swoboda. Einen Antrag des Rechtsanwalts weiß Gusti, die dessen Bureauvorsteherin wurde, kurz ab. Sie wird juchsteufelswild als sie hört, daß die Paula sich mit einem Militärarzt verlobt hat. Sprachlos wird sie, als sie sieht, wie der Weiberfeind Gampel, der „17 Jahre in dem Bureau“ des Rechtsanwalts war, als Fünzigjähriger die junge Christine heiraten will und schließlich schmilzt auch das Eis ihres männerhassenden Herzens und sie nimmt sich den Doktor Max. Wenn — wie gesagt wird — Lachen eine gute Medizin ist, dann ist dieser Schwank zu empfehlen. Selbst der verlässlichste Hypochonder muß am Donnerstag Leibschmerzen infolge andauernden Lachens bekommen haben. Literarisch gewertet ist das Stück nichts als eine geschickte Maché. Geschickt in der Spekulation auf die Launen eines hochverehrten Publikums, bietet es auch tüchtigen Bühnenkräften Gelegenheit, etwas daraus zu machen. Diese Gelegenheit haben sich die Herren Grosse (Dr. Max Waldeck), Müller (Dr. Specht), Ambrunn (Gebhardt), Alberti (Swoboda) und Fischer (Gampel), der auch die Regie hatte, und die Damen Thede (Christine), Wenzel (Ludmilla Purzel), Rau (Paula) und Perma (Gusti Brandl) nicht umsonst bieten lassen. Namentlich Elita Perma, die wir nun schon so vielseitig bewundern konnten, muß, was Darstellungskraft und Aussprache anbetrifft, wieder an erster Stelle gelobt werden. Das ziemlich gut besuchte Haus unterhielt sich aufs beste und spendete viel Beifall.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: T. H. Schöwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, mischiere im „Lübecker Volksboten“

## Inserate

Habe diese Woche mehrere junge fette Pferde gezeichnet, wovon ich meiner werten Kundenschaft prima Suppenfleisch, 7. Bratenstücke, sowie sämtliche Wurstsorten in bekannter Güte empfehle. (281)

**Herm. Dose, Rohschlachtereier**  
Gundestr. 62, Markt-Kellereid. 1.

**Empfehle zum Sonntag:**  
Ba. Kalbfleisch 65 u. 70 Pf.  
" Keule 75 u. 80 "  
" fettes Rindfleisch 75 u. 80 "  
" Rostf. 1.00, Beefsteak 1.20 Mk.  
" Gulisch u. Gehacktes 90 Pf.  
" junges Schweinefleisch 95 "  
" Rohw. 80, Blumenkohl 1.00

**Herm. Atmer**  
258) Königstraße 48b.

**Weine, Spirituosen u. Liköre**  
in jeder Preislage  
188) empfiehlt  
**J. H. Stooß, Engelsgrube.**

Heute morgen 6¼ Uhr entlichief laut nach schweren Leiden im 58. Lebensjahre meine liebe Frau, unsere treuversorgende Mutter, Schwieger- und Großmutter (282)

**Oliva Butt geb. Wiberg.**  
Schmerzlich vermisst und tief betrauert von den Ihrigen.  
Heinrich Butt.  
Wilm. Butt u. Frau geb. Hutzfeldt.  
Hans Wiberg u. Frau geb. Dahl.  
Karl Butt u. Frau geb. Brammer.  
Aug. Edler u. Frau geb. Svenson.  
Lübeck, den 10. Jan. 1913.  
Die Trauerfeier beginnt am Montag, dem 13. Jan., 1¼ Uhr, in der Kapelle des Vorwerker Friedhofes.

**Freemöbl. möbl. Zimmer**  
zu sofort zu vermieten.  
253) Altendorferstr. 13, part.

Zum 1. April: (215)

**2-Zimmerwohnung 3. verm.**  
Zshmel, Schönbockener Chaussee.  
Wünscht von Brautleuten eine 2-Zimmer-Wohnung zum 1. März resp. 1. April, St. Lorenz. Angeb. u. S. A. a. die Exp. d. Bl. (264)

**Barbier-Lehrling**  
zu Ditem gesucht. (221)  
**W. Benthin, Markstr. 44 a.**

**Zu verkaufen**  
**Gang-Grundstück,**  
2 heizbare Zimmer, Küche, Boden, tadellos neu renoviert zu sofort. (276)  
Näh. Wahnstraße 10.

**Ein halblanges Jadett**  
(wenig getragen).  
265) Bleicherstraße 21, II.

Zu verkaufen Roman „In Freien Stunden“, Jahrgang 1912. (251)  
Mühlenstraße 91/1.

Zugelauten ein **Ohna** abzuholen gegen Unkosten. (263)  
Trappenstraße 18.

Achtung Radfahrer! (64)

**Schmidts Prima Löwenpneumatic**  
ist das beste und billigste.  
Korbid zu billigsten Tagespreisen.  
**H. A. Hill Nachf., Johannistr. 9.**

**Feinste II. Sorte Meiereibutter**  
pro Pfund 1.35 Mk.  
**frische Bauernbutter** pro Pfund 1.20 Mk.  
271) empfiehlt

**Th. Storm Nachf., Königstraße 98.**  
Fernspr. 473.

Backobst, gemischt . . . . .	Pfd. 40	Meiereibutter . . . . .	Pfd. 1.40
Pflaumen Pfd. 30, 40 u. 48	3	Weißes Schmalz . . . . .	70
Ringäpfel . . . . .	Pfd. 44	Kofodnusbutter . . . . .	60
Birne . . . . .	44	Rauchstücke . . . . .	115
Aprikosen . . . . .	60	7 Eier . . . . .	60
Brinellen . . . . .	70	Gr. Salzgurken, 2 Stück	15
Saure Kirschen . . . . .	60	Magd. Sauerkohl, 2 Pfd.	15
Blaubeeren . . . . .	75	Zwiebeln . . . . .	Pfd. 5
Feigen . . . . .	25	Holländer Käse . . . . .	Pfd. 75
Sagebutten . . . . .	66	Schweizerkäse . . . . .	Pfd. 80
Rosinen ohne Steine . . . . .	48	Fälster Käse Pfd. 40, 60, 80	3
Korinthen . . . . .	38	Solsteiner Käse . . . . .	Pfd. 33

**Eduard Speck,**  
Hühnerstraße 80 und 82. (275)

# HOLSTENHAUS

G. M. B. H.

LÜBECK

HOLSTENSTR.

## Inventur-Ausverkauf 1913.

Sämtliche zur Räumung gestellten Waren sind sensationell billig im Preise herabgesetzt.

Beachtung der Schaufenster-Auslagen.

### HERREN-KONFEKTION

**Inventur-Einheits-Preis**  
**12<sup>00</sup> M.**

**Herren-Anzüge**  
aus braun- und graumelierten Stoffen in guter Verarbeitung.

**Herren-Ulster**  
aus engl. gemusterten Stoffen, halb-schwere Qualitäten.

**Herren-Paletots**  
aus dunkelgem. Stoffen mit Plaid-futter und Samtkragen.

Wert bis 28<sup>00</sup> M.

<b>Gehrock-Anzüge</b> aus Satin-Kammgarn in feinst. Schneiderarbeit	Bisheriger Preis 48 bis 74	Inventurpreis 20 <sup>00</sup> u. 45 <sup>00</sup>
<b>Konfirmand.-Anzüge</b> in Tuch, Cheviot und Kammgarn	Bisheriger Preis 12 <sup>50</sup> bis 33 <sup>00</sup>	Inventurpreis 6 <sup>50</sup> u. 12 <sup>00</sup>
<b>Fantasie-Westen</b> moderne Fassons	Bisheriger Preis bis 12 <sup>50</sup>	Inventurpreis 95 <sup>00</sup> 2 <sup>25</sup> u. 3 <sup>50</sup>
<b>Herren-Beinkleider</b> aus Stoffen englischer Art	Bisheriger Preis bis 8 <sup>00</sup>	Inventurpreis durchweg 3 <sup>50</sup>
<b>Maurer-Hosen</b> schwere Qualität, alle Größen	Bisheriger Preis bis 9 <sup>00</sup>	Inventurpreis durchweg 4 <sup>50</sup>
<b>Maschinisten-Joppen</b> aus blauem P'tot, Männer- u. Burschen-Größen	Bisheriger Preis bis 3 <sup>75</sup>	Inventurpreis 1 <sup>50</sup> u. 75 <sup>00</sup>
<b>Herren-Westen</b> aus Pilot, Zwirn und Manschester	Bisheriger Preis bis 3 <sup>00</sup>	Inventurpreis durchweg 95 <sup>00</sup>

**Inventur-Einheits-Preis**  
**18<sup>00</sup> M.**

**Herren-Anzüge**  
ein- und zweireihige Fassons aus fein. Kammgarn- u. Cheviot-Stoffen.

**Herren-Ulster**  
aus modernen Flausch- u. Diagonal-Stoffen mit breiten Stoffbesätzen.

**Herren-Paletots**  
aus Marengo-Cheviot auf Serge- oder Plaidfutter gearbeitet.

Wert bis 48<sup>00</sup> M.

**Ein Posten**  
**Knaben-Jackett-Anzüge**  
aus gemustert extra starken Bucksinstoffen  
Bisheriger Preis bis 8.50 Durchweg **4<sup>50</sup> M.**

**Ein Posten**  
**Burschen-Norfolk-Anzüge** **12<sup>00</sup> M.**  
Wert bis 30 M. Durchweg

**Ein Posten**  
**Knaben-Sport-Blusen** **2<sup>75</sup> M.**  
aus gestreiftem Flanell, Größe 1-6  
Bisheriger Preis bis 6.00 Durchweg

### DAMEN-KONFEKTION

<b>Farbige Kimonos</b> Bisheriger Preis 18.00	Inventurpreis 3 <sup>00</sup>
<b>Schwarze Jacketts</b> Bisheriger Preis 16.00	Inventurpreis 3 <sup>00</sup>
<b>Farbige Musselinkleider</b> Bisheriger Preis 28.00	Inventurpreis 10 <sup>00</sup>
<b>Flausch Morgenröcke</b> Bisheriger Preis 12.00	Inventurpreis 4 <sup>00</sup>
<b>Weißer Cheviotröcke</b> Bisheriger Preis 15.00	Inventurpreis 3 <sup>00</sup>
<b>Golf-Jacketts</b> Bisheriger Preis 15.00	Inventurpreis 3 <sup>00</sup>

**Ein Posten**  
**Jacken-Kostüme** **10<sup>00</sup> M.**  
einfarbig und gemustert  
Wert bis 55<sup>00</sup> Ausverkaufspreis 18<sup>00</sup> u.

**Ein Posten**  
**Kammgarn-Kostüme** **25<sup>00</sup> M.**  
blau und schwarz  
Wert 60 b. 85<sup>00</sup> Ausverkaufspreis 30<sup>00</sup> u.

**Ein Posten**  
**Abend-Mäntel** **18<sup>00</sup> M.**  
Serie I statt 18<sup>00</sup> 4<sup>50</sup> Serie II statt 24<sup>00</sup> 10<sup>00</sup> Serie III statt 45<sup>00</sup>

<b>Gestriichte seidene Oberhemdblusen</b> Bisheriger Preis 8.75	Inventurpreis 4 <sup>50</sup>
<b>Schwarze Taffet-Blusen</b> Bisheriger Preis 16.00	Inventurpreis 6 <sup>00</sup>
<b>Schwarze seidene Tüllblusen</b> Bisheriger Preis 15.00	Inventurpreis 5 <sup>00</sup>
<b>Weißer Spachtelblusen auf Seide</b> Bisheriger Preis 9.50	Inventurpreis 4 <sup>50</sup>
<b>Elegante weiße Blusen</b> Bisheriger Preis 6.00	Durchweg 2 <sup>50</sup>
<b>Musselin-Blusen mit Tüllpasse</b> Bisheriger Preis 4.50	Durchweg 1 <sup>75</sup>

### SCHUHWAREN

**HERREN**  
**Lagerbestände**

<b>Rindbox- und Chevreau-Stiefel</b> Bisheriger Preis 8.75	Inventurpreis 4 <sup>75</sup>
<b>Boxcalf- und Chevreau-Stiefel</b> teilw. Goodyear-Weit, statt 12.50	Inventurpreis 6 <sup>00</sup>
<b>Lack-Boxcalf- und Chevreau-Stiefel</b> Goodyear-Weit, statt 16.50	durchweg 7 <sup>50</sup>
<b>Leder-Schnür- u. Schnallenschuhe</b> Bisheriger Preis 5.50	Inventurpreis 3 <sup>00</sup>
<b>Speituch-Schnallenschuhe</b> Bisheriger Preis 3.25	Inventurpreis 1 <sup>25</sup>

**Große Posten**

<b>Knaben- u. Mädchen-Stiefel</b> Ia. Boxkalf u. Chevreau Bisheriger Preis 9.50	Inventurpreis 4 <sup>50</sup>
<b>Knaben-Boxkalf-Stiefel</b> Bisheriger Preis bis 10.50	Inventurpreis 4 <sup>50</sup>
<b>Kinder-Stiefel</b> in Chevreau u. Boxkalf statt 5.50	Inventurpreis 3 <sup>00</sup>
<b>Kinder-Rohleder-Stiefel</b> Größe 24/29 statt 3.10 für 1.95, 21/23 statt 2.00	Inventurpreis 1 <sup>00</sup>
<b>Kinder-Plüschpantoffel</b> mit Ledersohle statt 75 <sup>00</sup>	Inventurpreis 25 <sup>00</sup>

**DAMEN**  
**Lagerbestände.**

<b>Goodyear-Weit-Damenstiefel</b> in Chevreau u. Velourkid statt 12.50 bis 16.50, für 7.50, 6.50 u.	5 <sup>00</sup>
<b>Braune Chevreau-Stiefel</b> Bisheriger Preis 11.00,	Inventurpreis 4 <sup>50</sup>
<b>Elegante Lackstiefel mit Wildlederschaft</b> Bisheriger Preis 12.50,	Inventurpreis 7 <sup>50</sup>
<b>Braune Halbschuhe</b> Chevreau Bisheriger Preis 9.50,	Inventurpreis 4 <sup>50</sup>
<b>Leder-Hausschuhe</b> Bisheriger Preis 3.50,	Inventurpreis 1 <sup>25</sup>
<b>Filz-Pantoffel</b> statt 1.50 für	50 <sup>00</sup>

GROSSE POSTEN • Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Hemdentuche, Spitzen, Besätze, Wäsche, Herren-Artikel etc. • Enorm im Preise herabgesetzt.

<b>Wassergel mit Köpfen</b> Dose 35 <sup>00</sup>	<b>Zucker, gemahlen</b> Pfd. netto 21 <sup>00</sup>	<b>Bratenschmalz</b> Pfund 58 <sup>00</sup>	<b>Junge Erbsen und Karotten</b> Dose 29 <sup>00</sup>
<b>Wassergelabschütte</b> Dose 38 <sup>00</sup>	<b>Weizenmehl</b> Pfund 16 <sup>00</sup>	<b>Schweineschmalz, garant. rein</b> Pfund 74 <sup>00</sup>	<b>Leipziger Allerlei extra fein</b> Dose 36 <sup>00</sup>
<b>Junge Erbsen, mittelfein</b> Dose 36 <sup>00</sup>	<b>Gerollte Gerste</b> Pfund 19 <sup>00</sup>	<b>Palmitin</b> Pfund-Paket 65 <sup>00</sup>	<b>Leipziger Allerlei</b> Dose 34 <sup>00</sup>
<b>Junge Erbsen</b> Dose 29 <sup>00</sup>	<b>Back-Pläumen</b> Pfund 38 <sup>00</sup>	<b>Feinste Meisereibutter</b> Pfund 1.34	<b>Junger Kohlrabi</b> Dose 22 <sup>00</sup>
<b>Junge Schnittkäse</b> 2-Pfd.-Dose 33 <sup>00</sup>	<b>Backobst</b> Pfund 44 <sup>00</sup>	<b>Tilsiter Käse</b> Pfund 58 <sup>00</sup>	<b>Junger Sellerie in Scheiben</b> Dose 39 <sup>00</sup>
<b>Junge Brotschinken</b> 2-Pfd.-Dose 33 <sup>00</sup>	<b>Paddingpulver</b> 10 Pakete 45 <sup>00</sup>	<b>Frische Eier</b> 10 Stück 98 <sup>00</sup>	<b>Junger Spinat, fein gewiegt</b> Dose 28 <sup>00</sup>
<b>Junge große Bohnen</b> Dose 38 <sup>00</sup>	<b>Kakao, garantiert rein</b> Pfund 75 <sup>00</sup>	<b>Apfelsinen</b> Dutzend 55 <sup>00</sup> 28 <sup>00</sup>	<b>Grün- und Rotkohl</b> Dose 23 <sup>00</sup>
<b>Pariser Karotten, fein</b> Dose 42 <sup>00</sup>	<b>Erschkeren in Zucker</b> Pfund 38 <sup>00</sup>	<b>Gelbe Bananen</b> 10 Stück 48 <sup>00</sup>	<b>Teltower Rübchen</b> Dose 40 <sup>00</sup>
<b>Junge Karotten, klein</b> Dose 35 <sup>00</sup>	<b>Himbeer-Marmelade</b> Pfund 32 <sup>00</sup>	<b>Blumenkohl</b> Kopf 18 <sup>00</sup> 9 <sup>00</sup>	<b>Tomaten-Püree</b> Dose 38 <sup>00</sup>
<b>Junge Karotten in Würfel</b> Dose 23 <sup>00</sup>	<b>Kunstbrot</b> Pfund 29 <sup>00</sup>	<b>Braune Pfefferkörner</b> Pfund 28 <sup>00</sup>	<b>Steinpilze</b> Dose 72 <sup>00</sup>

**Junges Rindfleisch** Pfund 75<sup>00</sup> Bratenstücke Pfd. 80 u. 90<sup>00</sup> • **Junges Schweinefleisch** Pfund 90<sup>00</sup> Bratenstücke Pfd. 95<sup>00</sup> • **Mastkalbfleisch** Pfund 90<sup>00</sup> Bratenstücke Pfd. 1.00 M.

# 1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 8.

Freitag, den 10. Januar 1913.

20. Jahrg.

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 9. Januar 1913.

86. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Wackerzapp.  
Die Besprechung der Interpellation der Abgg. Abrecht und Gen. (SD.) über die Ausrüstung der preussischen Staats-Eisenbahnen mit ausreichendem Betriebsmaterial wird fortgesetzt.

Zhr. v. Camp (Rp.) nimmt die preussische Eisenbahnverwaltung in Schutz, sie hätte den außerordentlich gesteigerten Bedarf nicht vorhersehen können.

Mumm (Wirtsch. Bg.) weist auf den Wagenmangel hin, der auch bei der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft anzutreffen sei.

Präsident des Reichseisenbahnamts Wackerzapp behauptet, daß auch die Interessenten aus Handel und Industrie die gewaltige Steigerung des Eisenbahnverkehrs nicht vorhergesehen hätten.

Dittmann (SD.): Der Präsident des Reichseisenbahnamts sprach gestern so, als wäre seine Rede vom preussischen Eisenbahnminister diktiert gewesen. Der Minister paradiert mit großen Zahlen, um sich rein zu waschen, und alles bleibt beim alten; das hat die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ zutreffend im November v. J. geschrieben, und das selbe Schauspiel sehen wir auch jetzt. Mit dem abgebrachten Lodenhüter, die Verkehrsteigerung sei nicht vorherzusehen gewesen, sollte man doch wirklich nicht mehr kommen. Als der Minister im Landtag angeführt der Klagen in der Öffentlichkeit meinte, Ruhe sei die erste Bürgerpflicht, war das selbst der freikonservativen „Post“ zu viel. Sie schrieb: „Glaubt der Herr Minister vielleicht, die Arbeiter ließen sich mit dem schönen Wort Ruhe abspewen, wenn sie einige Tage vor Weihnachten mit einem Lohnausfall von ein Drittel bis ein Viertel des Monatsverdienstes nach Hause gehen müssen. Bezahlt der Minister mit dem schönen Wort „Ruhe“ den Arbeitern Fleisch und Brot, das sie infolge der Lohnausfälle nicht begahnen können?“ Das hätte treffender auch der „Vorwärts“ nicht sagen können. Man sieht, auch die Scharfmacher können revolutionär sein, wenn es um ihren Profit geht. Wilhelm II. hat einmal erklärt: „Schwere Strafe dem, der andere an freiwilliger Arbeit zu hindern versucht.“ Möge man also jetzt die Schuldigen zur Verantwortung ziehen, die die Vergarbeiter zum Feiern gezwungen haben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Was den Eisenbahnen in den letzten Monaten zugemutet worden ist, war

### die reinste Menschenjänderei.

Wer hätte ihnen da wohl das moralische Recht absprechen wollen, wenn sie zur passiven Resistenz übergegangen wären. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Von einer sehr erheblichen Ursache des Wagenmangels spricht man auch hier nicht. Die Frage meines Parteigenossen König, wieweit vorbereitende Maßnahmen zu einer eventuellen Mobilmachung Schuld an der Verkehrsmisere waren, ist von Geheimrat Wackerzapp unbeantwortet geblieben. Wir Sozialdemokraten tun gewiß alles, um einer Kriegspanik entgegen zu wirken, aber es hieße doch, Vogel-Strauß-Politik treiben, und sich dadurch am Volk versündigen, wollte man verschweigen, daß die kriegsbeschädigte Situation der letzten Monate die schweren Verkehrsschädigungen mindestens mit verschuldet hat. Deutschland war und ist in Gefahr, von seinem Dreibundsgenossen Österreich in Kriegswirren hineingezogen zu werden. Warum geben also die Regierung und die bürgerlichen Parteien nicht zu, daß es vom militärischen Standpunkt der Regierung aus ihre Pflicht ist, alles für die Mobilmachung vorzubereiten. Die Verstopfung der ganzen linksrheinischen Bahnen, die im Herbst bestand, mußte vom militärischen Standpunkt ungemein gefährlich erscheinen. Deshalb mußte die Regierung eine Gewaltmaßnahme treffen, und diese war offenbar die viertägige Verkehrsperre am Niederrhein. Ohne den militärischen Grund würde man die Entwertung des Verkehrs jedenfalls auf weniger radikalem Wege versucht haben, um den gesamten Handel und Verkehr nicht in der Weise zu schädigen. Auch der Wagenmangel stand sicherlich im Zusammenhang mit den Kriegsvorbereitungen. Die bürgerlichen Parteien und die Regierung wollen diese Frage offensichtlich nicht berühren, um den Militarismus nicht unpopulär zu machen. Um so mehr müssen wir darauf hinweisen, wie schon die bloße

### Gefahr eines Kriegsausbruches

dem Wirtschaftsleben die schwersten Wunden schlägt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Vom Regierungstische aus sind nun wieder Versprechungen gemacht, Preußen will sofort 60 Mill. für neue Gleise, neues Personal, neues Material verwenden. Um aber das Übel an der Wurzel anzufassen, müßte man das preussische Eisenbahnwesen davon heilen, den allgemeinen Staatsfinanzen zur Ausbeutung überliefern zu werden. Jetzt sind nicht die Bedürfnisse des Verkehrs, sondern die Erzielung hoher Überschüsse der Zweck der preussischen Eisenbahnverwaltung. Bei der Übernahme der Eisenbahnen durch den Staat hat der Verstaatlichungsminister Manbach sehr energisch betont, daß die Eisenbahnen keine melkende Kuh für den Staat sein sollen, sondern ein Verkehrsinstitut. Als später einmal der Finanzminister Miquel von Herrn Gothein an diese Versprechungen Manbachs erinnert wurde, sagte er: „Das haben Sie geglaubt? (Große Heiterkeit.) Ich habe es nicht geglaubt.“ So fügte er zum Schaden noch den Spott. Angesichts der jetzt wieder von der Regierung gegebenen Versprechungen werden wir gut tun, an diese Miquelschen Worte zu denken. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch die Eisenbahnpolitik des Herrn von Rheinbaben war völlig verkehrt, und er wurde ja auch von Herrn v. Gwinner von seinem Posten herunterblamiert. (Heiterkeit.) Von den Finanzen vertritt Herr Lenke vielleicht etwas mehr, als Zhr. v. Rheinbaben, aber in bezug auf das Eisenbahnwesen sieht auch er seine Aufgabe darin, möglichst viel Überschüsse herauszuwickeln. Diese Eisenbahnpolitik scheint man in Preußen leider verwegen zu wollen, und deshalb ist es höchste Zeit, ihr von reichswegen einen Riegel vorzuschieben. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Wer für eine großzügige Entwicklung des Verkehrswezens ist, muß dafür sorgen, daß die Macht der Junker in Preußen gebrochen wird. d. h. daß

### das Dreiklassenwahlrecht beseitigt

wird. Dazu wird bei den kommenden Landtagswahlen Gelegenheit sein. Erst wenn es gelingt, Preußen in einen modernen Verfassungstaat umzuwandeln, wird auch der preussische Partikularismus beim Eisenbahnwesen zu überwinden sein, und dann werden wir dazu kommen, das ge-

samte Eisenbahnwesen in Deutschland unter einheitliche Regelung des Reichs zu stellen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Dr. Böttger (N.L.) schildert die durch den Wagenmangel hervorgerufenen Schädigungen der rheinischen Industrie.

Präsident Wackerzapp: Gegenüber den Ausführungen des Abg. Dittmann habe ich zu erklären, daß die Verkehrshöhung im Ruhrrevier weder in der Ursache noch in der Wirkung mit der politischen Lage irgend etwas zu tun hatte. Damit schließt die Debatte.

Die Wahlen der Abgg. Schwabach (N.L.) und Dr. Werr (3.) werden für gültig erklärt.

Es folgt die Beratung einer Resolution der Wahlprüfungscommission zur Wahl in Schwew, durch welche der Reichskanzler ersucht werden soll, den Wahlkommissar in Schwew auf das Angelegliche seiner Handlungsweise hinzuweisen. (Der Kommissar hat bei der Feststellung des Gesamtergebnisses eigenmächtig Berichtigungen vorgenommen, wodurch erreicht wurde, daß der Pole nicht für gewählt erklärt, sondern eine Stichwahl angeordnet wurde, in der der Reichsparteiler v. Halem siegte.)

Ministerialdirektor Lewald: Bereits vor Jahresfrist hat der preussische Minister des Innern dem Wahlkommissar in Schwew erwidert, daß sein Vorgehen weder durch das Gesetz noch durch das Reglement begründet sei. Es ist also bereits im Sinne der Resolution gehandelt worden.

Abg. Dr. v. Laszewski (Pole): Die Wahl in Schwew gibt schon seit vielen Jahren der Wahlprüfungscommission Arbeit. Das Vorgehen des Wahlkommissars greift in die Rechte des Reichstages ein. Es handelt sich nicht etwa um einen Rechenfehler, sondern um ein beabsichtigtes parteiliches Vorgehen des Wahlkommissars zum Nachteil der Polen. (Sehr richtig! links.) Wieder bejehrt ausführlich die Wahlkrawalle in Schwew im Anschluß an das lärmende Siegesfest der Galatisten. (Vizepräsident Dove bittet, hierzu nicht zu ausführlich zu sein, da der Wahlkommissar diese Vorgänge doch nicht hätte verhindern können (Sttt.)) Auch bei der Stichwahl war das Verhalten des Wahlkommissars nicht einwandfrei. So kassierte er Zettel, auf denen der Name Sob nur mit einem „s“ geschrieben war, obwohl nicht zweifelhaft war, wen die Wähler meinten. Das geschah in 24 Bezirken. (Hört, hört! links.) Zwischen der Haupt- und Stichwahl waren eben bestimmte Anweisungen vom Landratsamt in Schwew ergangen (Hört, hört!). Das kam in dem Krawallprozeß zur Sprache, und ein Gerichtsassessor als Zeuge sagte, er trage Bedenken, darüber auszusagen, es handle sich um dienstliche Angelegenheiten. (Hört, hört! links u. im 3tr.) Die Vorgänge in Schwew haben nicht nur die Empörung der Polen, sondern auch der Deutschen hervorgerufen (Sehr richtig! im 3tr.) In einer deutschen Zeitung hieß es: „Und wenn es zu einer Nachwahl kommt, steigt in Schwew wieder der Schwindel!“ Auch bei der letzten Nachwahl in Schwew sind wieder arge Verstöße vorgekommen. Ein deutscher Wahlaufsicht schließt mit den Worten: „Es gilt nicht, die Gerechtigkeit, sondern den Sieg der Deutschen herbeizuführen.“ (Laute Pfuirufe! b. d. Polen.) Die Vorgänge in Schwew rechtfertigen ein Eingreifen der Staatsanwaltschaft. (Lebh. Beifall b. d. Polen.)

Abg. v. Derken (Rp.): Der Wahlkommissar hat gar nicht Stimmen für ungültig erklärt, was er auch nicht darf, sondern nur rechenermäßig eine Berichtigung eintreten lassen. (Schallende Sttt. links.) Er hätte das Resultat anders feststellen müssen. Uebrigens haben mehrere polnische Beisitzer gegen das Verfahren des Wahlkommissars keinen Widerspruch erhoben (Hört, hört! rechts.) Ich bedaure sein Vorgehen, aber mala fide (mit böser Absicht) hat er nicht gehandelt. Die Resolution ist überflüssig, da eben mala fides (böse Absicht) nicht vorliegt, und die Beamten ja auch schon rekrutiert worden sind. (Bravo! rechts.)

Abg. Stadthagen (SD.): Die Resolution ist keineswegs überflüssig. Für die Herren in Schwew scheint eine recht nachdrückliche Befehlung am Platze zu sein. Gegen solche Korrekturen des Wahlergebnisses, die an das Strafbares grenzen, muß auf das energischste vorgegangen werden. Zweifellos kann der Wahlkommissar

### wegen Wahlfälschung

angeklagt werden. (Sehr richtig! b. d. Soz. und b. d. Polen.) Der Reichstag müßte auf Grund des Artikels 27 der Verfassung Herrn v. Sob-Jaworski als gewählten Abgeordneten erklären, denn alles, was seit der Wahl am 12. Januar 1912 geschehen ist, auch die neueste angebliche Wahl des Herrn v. Halem, ist als auf Wahlfälschung beruhend ungültig und nichtig. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz. und b. d. Polen.) Die Besuche des kandidierenden Landrats und seine Intraktionen bei den Wahlvorstehern sind die intellektuelle Veranlassung dieser Gesekwidrigkeiten, da hat der Reichskanzler die unerläßliche Pflicht, das Erforderliche zu tun, um ein Eingreifen des Staatsanwalts zu veranlassen. (Sturm. Zustimmung b. d. Soz.) Die Beamten in Schwew dürfen sich nicht gegen das Gesetz auflehnen.

Vizepräsident Baasche: Das dürfen Sie nicht sagen.

Abg. Stadthagen (fortfahrend): Auch den Beamten gegenüber bleibt Logik Logik und muß Recht Recht bleiben.

Vizepräsident Baasche: Ich kann es nicht dulden, daß Sie von den preussischen Beamten generell sagen, sie lehnen sich gegen das Gesetz auf.

Abg. Stadthagen: Das ist mir gar nicht eingefallen. Ich bedaure, wenn die Aufsicht hier so schlecht sein sollte, daß man nach hinten nichts versteht. (Sttt.) Ohne Ansehen der Person muß die Staatsanwaltschaft vorgehen, und wenn sie das

### ganze Landratsamt ausheben

müßte. (Sehr gut! links.) Die Konservativen verwahren sich gegen ein solches Vorgehen — ich konstatiere das. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Herren, die immer die Anwendung des Gesetzes gegen uns fordern, sollen es erst einmal bei ihren Freunden anwenden, namentlich hier, wo

### qualifizierte Wahl- und Urkundenfälschung

vorliegt. Der Reichstag wird sich bei der Prüfung der neuen „Wahl“ des Herrn v. Halem seines Rechts zu prüfen, wer am 12. Januar 1912 gewählt wurde, zu erinnern haben. Heute kann er nur die Resolution annehmen, damit die Hebung der geschickten Gesetzesverletzung an den schuldigen Beamten erfolgt. (Lebh. Beifall b. d. Soz. u. d. Polen.)

Abg. Dr. Pfleger (3tr.): Es liegt wohl nur Jahresfrist der Beamten vor; immerhin hätte das Reichsamt des Innern härter vorgehen sollen. Wir wünschen die einstimmige Annahme der Resolution, damit solche Vorgänge in Zukunft vermieden werden.

Abg. Hermann-Hofer (Wp.): Jeder anständige Deutsche muß Empörung über diese Vorgänge in Schwew

empfinden. Hoffentlich erleben wir solche Dinge nie wieder. (Abg. Kopsch: Gehen Sie nach Hinterpommern!) Gerade ein Wahlkommissar hat die besondere Pflicht, für die Einhaltung des Gesetzes zu sorgen. Der Reichstag sollte in der Tat Herrn v. Sob-Jaworski noch jetzt als den rechtmäßig gewählten Kandidaten proklamieren. (Bravo! links.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Nach dem amtlichen Stenogramm hat der Abg. Stadthagen nicht speziellen Beamten Auflehnung gegen die Gesetze vorgeworfen. (Lebh. Zurufe b. d. Soz.: Doch!) Ich halte daher meinen Ordnungsruf aufrecht. Abg. v. Laszewski (Pole): Es handelt sich hier um eine von langer Hand vorbereitete Wahlmanöver. Herr v. Sob-Jaworski ist zweifellos im ersten Wahlgang gewählt und wäre ohne die Massenfälschung von Stimmzetteln auch in der Stichwahl gewählt. Er ist zweimal rechtmäßig gewählt, und das Ergebnis ist, daß Herr v. Halem hier sitzt. Wäre die Neuwahl in Schwew nach der heutigen Debatte gewesen, so hätte der Herr Landrat niemals mehr als Kandidat auftreten können. Wir verlangen das Eingreifen der Staatsanwaltschaft. (Bravo! b. d. Soz.)

Damit schließt die Debatte.

Die Resolution der Kommission wird gegen die Stimmen der Reichspartei angenommen.

Es folgt die Beratung einer Denkschrift über die Reorganisation der Personalverhältnisse der Reichspostverwaltung.

Abg. Ebert (SD.): Als der Reichstag seinerzeit die Denkschrift über eine Reorganisation des Beamtenkörpers bei der Reichspost wünschte, ging er zwar von der Voraussetzung aus, daß Arbeiten, die eine geringe Qualifikation verlangen, Beamten mit niedrigerem Gehalt übertragen werden, er hat aber dabei auch den Vorbehalt gemacht, daß die Interessen der vorhandenen Beamten bei der Regelung in vollem Maße gewahrt werden sollen. Die vorgelegte Denkschrift entspricht dem nicht. Eine Reorganisation der Personalverhältnisse bei der Post soll danach überhaupt nicht vorgenommen werden, weil die von 1900 sich bewährt habe. Ihr leitender Gedanke ist ausschließlich der finanzielle Effekt für die Reichspostverwaltung. Unter- und mittlere Beamte, die geholt hatten, daß bei dieser Personalordnung zum Teil das wieder gut gemacht werden könnte, was bei der Befolgsordnung an ihnen gekündigt war, sind also durch die Denkschrift enttäuscht worden. Man hätte der Wünsche des Personals auf Verbesserung der so oft besprochenen schlechten Beförderungsverhältnisse Rechnung tragen müssen. Trotzdem hätte man noch erhebliche Ersparnisse machen können. Die Unterbeamten kommen auch in diesem Falle wieder am schlechtesten weg. Bei den Personalreformen von 1900 und 1906 waren die leer ausgegangen, weil man 1899 die sogenannten gehobenen Stellen für sie geschaffen hatte. Wir waren von vornherein gegen diese Neueinrichtung und die Erfahrung hat uns recht gegeben. Das System bedeutet lediglich einen Vorteil für verhältnismäßig wenig Begünstigte. Die Unzufriedenheit in den Kreisen der Unterbeamten über diese Einrichtung ist heute allgemein. Das Arbeitsgebiet der gehobenen Unterbeamten muß sehr erweitert werden. Jedem fähigen Beamten muß ermöglicht werden, sich empor zu arbeiten, die besonders befähigten müssen freie Bahn erhalten, um sich auch über die Grenze ihrer Klasse bis zu den höchsten Stellen der Postkarriere eventuell emporzuarbeiten. Den Einwand der ungenügenden Vorbildung können wir nicht gelten lassen. Die englische Postverwaltung gibt jährlich 40 000 Mark allein für Unterrichtskurse ihrer Beamten aus. Bei uns geschieht derartiges überhaupt nicht. Die Tätigkeit der Geldbriefträger z. B. erfordert ein erhebliches Maß von Sorgfalt und Gewandtheit. Warum sollen solche Leute nicht auch in der Lage sein, Schalterdienste zu verrichten. Bei der Eisenbahn können Unterbeamte zum Telegraphendienst verwendet werden, warum nicht auch bei der Post. Wenn gehobene Unterbeamte mittlere Stellen vertreten können, müssen sie auch dauernd deren Stellen einnehmen können. (Sehr richtig!) Von 50 000 etatsmäßigen Unterbeamten stehen heute nur 17 000 in gehobenen Stellen. Hat ein Beamter die Prüfung abgelegt, so muß er jahrelang auf die Einstellung in eine etatsmäßige Stelle warten. Manchmal werden Beamte erst nach 25-jähriger Dienstzeit zur Prüfung zugelassen. In solchem Alter fällt es ihnen natürlich schwer, sich in neue Dienstverhältnisse hineinzufinden. Man könnte ja auf die Vermutung kommen, daß hier ein System, eine gewisse Absicht vorliegt. Die Bezahlung der Unterbeamten ist heute geradezu jämmerlich. Gehobene Stellen werden nicht viel besser bezahlt, zumal die wenigsten ihr Endgehalt erreichen. Gegen die Heranziehung der Frauen zum Postdienst hätten wir nichts einzuwenden, wenn man sie nicht in unerhörter Weise zu Lohnrückwirkungen gegen die männlichen Beamten machen wollte, indem man ihnen eine Jahresvergütung von 750 Mark zahlt. (Sturm. Hört, hört! b. d. Soz.) Das ist eine unerhörte Ausbeutung. (Sehr richtig! links.) Ersparungen sind notwendig, aber sie müssen beim höheren Dienst gemacht werden. Der Fiskalismus der Reichspost ist um so unbedeutender, als sie 113 Millionen Ueberfluß macht. Wir beantragen Ueberweisung der Denkschrift an die Budgetkommission zu gründlicher Prüfung. (Beifall b. d. Soz.)

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr (Kleine Anträge, Rest von heute.)

Schluß: 6 Uhr.

## Aus Nah und Fern.

Die Bluttat in Ringenwalde. Das furchtbare Verbrechen in Ringenwalde hat jetzt seine Aufklärung gefunden. Es sind ihm drei Personen zum Opfer gefallen: der Steuereinnahmer Kalitz, seine Frau und das Dienstmädchen. Die unter den Trümmern gefundenen Leichen waren die des Ehepaares. Die Leiche des Dienstmädchens wurde heute früh im Hofe des Gehöftes des Kalitz gefunden. Auch das Dienstmädchen war erdrosselt worden. Die zwei Kinder des Ehepaares wurden noch gestern in einem verdunkelten Zimmer des elterlichen Hauses aufgefunden. Sie waren unter Todesdrohungen von den Mördern zunächst in einen Schrank gesteckt und dann zu Bett gebracht worden, wo die Kinder von Dienstag früh bis Mittwoch abend in großer Angst lagen. Nach ihrer Aussage handelt es sich um einen Raubmord, an dem fünf Personen beteiligt sind. Ihr Führer war der verhängungswürdige Knecht des Kalitz, dessen Persönlichkeit unbekannt ist, da er keine Papiere hatte. Alle Zimmer und Behälter waren durchwühlt worden. — Zwischen ist es gelungen, einen der Täter zu ermitteln. Es ist der Knecht Heinrich, der bei dem ermordeten Ehepaar diente. Er beirrat bei der Vernehmung die Tat und will nur das willenslose Werkzeug von fünf Leuten gewesen sein, die ihn gezwungen hätten, die Leichen fortzuschleppen. Als die beiden Töchter mit dem Knecht konfrontiert wurden, stießen sie in Schreie aus und nur mit Mühe konnten

„Neue Zeit“, S. 15.
„Wahre Jacob“, Nr. 2.
„Gleichheit“, Nr. 8.

Drei neue Flugblätter sind ...
Parteiorganes im Verlag der Buchhandlung Vorwärts ...

Protokoll des Außerordentlichen Internationalen So-
zialisten-Kongresses zu Basel am 24. und 25. November 1912

Zu neuer Arbeit ist der Leitartikel der Nummer 1 des
Jahrgangs 1913 der Kommunalen Praxis beiliegend.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: J. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co.,
Sämtlich in Lübeck.

Die sowohl gebracht werden, daß sie ihm gegenübergestellt werden
und auf verschiedene Widersprüche in seinen Aussagen
hinweisen konnten.

Ein Kulturdokument. Im Anhangsteil der „Rheinisch-
Westfälischen Zeitung“ war dieser Tage folgendes Inserat
zu lesen:

Danklied.

Trotz der schmerzlichen Verdächtigungen und Be-
schimpfungen von Seiten des Volksblattes Bochum in der
Nr. 4 vom vergangenen Jahre und des Anklages der
Arbeiterzeitung Bochum vom 4. Januar 1912 fühlen sich die
Arbeiter des Westdeutschen Eisenwerkes in Krays gebührend.

Durch diese Anerkennung werden mir umso mehr an-
gelehrt, meine Pflicht, ein jeder an seinem Platz, treu
und gewissenhaft zu erfüllen und beugen mir den aufrich-
tigen Wunsch, daß das Westdeutsche Eisenwerk mit Gottes
Segen auch weiterhin wie bisher blühen und gedeihen
möge.

Kran den 2. Januar 1913.

Die dankbaren Arbeiter des Westdeutschen Eisenwerkes,
Kran, H.-G.

Glückliches neues Jahr!

Ursache des Jörnens über Volksblatt in Bochum und Ar-
beiterzeitung in Essen ist eine Anmerkung, die an eine gleich-
zeitige „Dankagung“ geknüpft worden, die von den Arbeitern
des genannten Werkes im Januar 1912 in der „Rheinisch-
Westfälischen Zeitung“ veröffentlicht worden war.

Der Parteifall für Adelige. Einen solchen gibt es an
der Grenzbahnlinie Münster - Hamm in dem Dorfe Werth.
Über diese Grundbesitzer hat der schwarze Münsterländer
Herr die „Westfälische Rundschau“:

Als ich abends in den Winterraum erster und zweiter
Klasse gehen wollte, fand ich ihn verschlossen. Ich fragte
den Beamten, was das zu bedeuten habe: „Der Winter-
raum wird geöffnet, wenn die hohen Herrschaften erschei-
nen“, erhielt ich zur Antwort. Der Beamte gab mir zu
vernehmen, daß mit „hohen Herrschaften“ der Freiherr von
Nagel-Julingen, die Familie Graf v. Merwald und der
Freiherr v. Wicheberg gemeint seien. Herr v. Nagel führe
sogar Pächter, wenn ein anderer der Winterraum be-
treibe. Um unangenehme Zwischenfälle vorzubeugen, würde
daher der Winterraum nur aufgeschlossen, wenn die hohen
Herrschaften erscheinen.

Die „Westfäl. Rundschau“ schreibt weiter dazu: Wer
ist denn eigentlich Freiherr von Nagel? Freiherr von Nagel
war Oberleutnant im Adels-Fürstlichen Regiment in Münster.
Er nahm seinen Abschied, um das väterliche Gut Julingen bei
Herbern zu bewirtschaften, verheiratete sich mit einer Gräfin
von Schwabing aus Schlesien, mit der er in hübscher
Ehe lebte, infolgedessen die Frau schließlich
zum Freiherren von Landberg in Drensteinfurt flüchtete.
Eine Greisengeneration folgte. Der Freiherr wurde für
den kaiserlichen Krieg erkrankt. Nachdem er von seiner Frau
getrennt lebt, reist er fast jeden Tag nach Dortmund und
möchte dann am Bahnhof Werth im Winterraum erster
und zweiter Klasse das Reich allein haben. — Wenn die Ade-

tigen in eine öffentliche Körperschaft gewählt werden wollen,
dann steigen sie zum Volke herab, würdigen den Volks-
liebendwärtigen Worte und drücken oft sogar dem braven
Bürger- und Bauerntum die Hand. Haben die „geborenen
Führer des Volkes“ das erstrebte Ziel erreicht, dann kennen
sie den Bauer und Bürger nicht mehr und wollen mit
solchem Pack nicht einmal in einem Eisenbahn-Wartezimmer
zusammen ein. — Soweit das unabhängige katholische
Blatt, das wieder einmal seinem gewogen angrimm die Fäul-
nisse läßt. Es ist an der ganzen Sache jetzt nur noch
von Interesse, zu erfahren, ob die Referierung des Winter-
raumes der ersten und zweiten Klasse für die hohen Herr-
schaften mit Wissen und Willen der Eisenbahndirektion in
Münster erfolgt.

Kleine Nachrichten. Aus Gram über den Tod ihres
Mannes, des Malers Sasse, vergiftete am Mittwoch
abend in Berlin die 27-jährige Frau Sasse sich und ihr
zweijähriges Söhnchen mit Leuchtgas. — Der elfjährige
Sohn des Eisenbahnschaffners Goch in Hof in Bayern ist
gestern durch die schwache Eisedecke auf der Saale
eingebrochen. Die Leiche konnte noch nicht gefunden
werden. — Bei Weile in Jütland stürzte ein Wagen, der
nach einem Feste in einem Nachbarorte mit heimkehrenden
Festgästen dicht besetzt war, in einen See. Der Kutscher
hatte im Nebel den Weg verfehlt. Ein Mann und zwei
Kinder ertranken. Die übrigen wurden gerettet. —
Von den Bewohnern des eingestürzten Hauses in der
Via del Tritone in Rom sind bisher 13 Tote und 4 Schwer-
verletzte geborgen worden.

Genossenschaftsbewegung.

Die Konsumgenossenschaftliche Presse hat an dem Auf-
schwunge der gesamten Konsumgenossenschaftsbewegung im
Jahre 1912 gleichfalls ihren Anteil. Die Aufzählung der
„Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ hat
sich um mehrere Tausend gesteigert und beträgt jetzt etwa
12 000. Das „Konsumgenossenschaftliche Volks-
blatt“ ist an die erste halbe Million ganz nahe herangerückt.
Seit dem 1. Januar 1913 geben sechs Revisionsverbände des
Zentralverbandes deutscher Konsumvereine das „Konsum-
genossenschaftliche Volksblatt“ als eigenes Organ heraus, und
zwar der Verband der Konsumvereine der Provinz Branden-
burg und der angrenzenden Provinzen und Staaten, der Ver-
band mitteldeutscher Konsumvereine, der Verband nordwest-
deutscher Konsumvereine, der Verband der Konsum- und Pro-
duktgenossenschaften in Rheinland und Westfalen, der Ver-
band sächsischer Konsumvereine und der Verband südwest-
deutscher Konsumvereine. Abwärts stehen noch der bayerische
und der thüringische Verband, die sich voraussichtlich beide recht
bald gleichfalls dazu entschließen, eine Sonderausgabe des
„Konsumgenossenschaftlichen Volksblattes“ für ihren Bezirk
zu veranstalten. Der Verband württembergischer Konsum-
vereine besitzt ein eigenes Organ.

Die Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher
Konsumvereine wird für das Jahr 1912 mit etwa 230 ange-
schlossenen Vereinen abschließen, die rund 7000 Angestellte
und Arbeiter bei der Unterstützungskasse versichert haben.
Beiträge und Zinseneingänge der Unterstützungskasse beliefen
sich auf rund 840 000 Mk. im Jahre 1912 oder etwa 190 000
Mark mehr als im Jahre 1911. Der Vermögensbestand ist
nahe an 2 800 000 Mk. herangerückt und hat einen Zuwachs
von rund 600 000 Mk. erfahren, ungefähr ebensoweit wie im
Vorjahre. Die Unterstühtungen, die von der Unterstützungs-
kasse zu zahlen sind, haben also eine Verminderung des Ver-
mögenszuwachses bisher noch nicht zu erzielen vermocht, ein
Resultat, das mit Befriedigung festgestellt werden darf.

Pa. kleine Wandstühle per Pfd. 100 Pf.
Pa. ger. fetter Speck 100 Pf.
Pa. ger. magerer Speck 100 Pf.
Pa. bestes weißes Schmalz 90 Pf.
Pa. Hasen-Leberw. 100 Pf.
Pa. dicke frische Blumen pr. Pfd. 90 Pf.
Karl Bahrtz, M. Lehtz, Böttcherstr. 14-16.

Lodenjoppen, Jagdwesten, Unterzeuge, Pelzkragen
von heute mit
10% Preisermäßigungen und Rabattmarken.
Ernst Diederichs
Brookesstraße 25. (274) Ecke Warendorpstraße.

Mein erster
Saison-Ausverkauf
beginnt am
Sonntag, dem 11. Januar.
Sämtliche Artikel meines Lagers sind bedeutend herabgesetzt.
Winter-Paletots, Ulster, Lodenjoppen,
Unterzeuge usw.
bis zu 75 Prozent des bisherigen Preises.
Es gelangen zum Verkauf:
Winter-Paletots . . . . . von 13.00 Mk. an.
Herren- und Jünglings-Ulster . . . . . 16.50 Mk. an.
Knaben-Ulster . . . . . 5.00 Mk. an.
Lodenjoppen . . . . . 4.50 Mk. an.
Herren-Jackett-Anzüge . . . . . 9.75 Mk. an.
Bürger-Jackett-Anzüge . . . . . 8.00 Mk. an.
Herren-Schrod-Anzüge best. Qualität 25.00 Mk.
Herren-Schnürstiefel Knaben . . . . . 4.35 Mk.
Herren-Schnürstiefel Knaben, br. Form 5.85 Mk.
August Lütjohann
Johannisstraße 1, Eckhaus Breite Straße.

Achtung! Arbeitslose!
Diejenigen Arbeitslosen, welche auf die von der Lübecker Genossenschaftsbäckerei zu verteilenden
Brot Anspruch erheben, haben sich
am Freitag, dem 10. und Sonnabend, dem 11. Januar 1913
abends von 7-8 Uhr, an folgenden Stellen zu melden.
Innere Stadt:
C. Neugebauer, H. Heitmann,
Gewerkschaftshaus, Zimmer 4,
A. Beck, bei Schröder,
Lederstraße 8.
Hofstentor:
A. Weitendorf, Friedensstr. 15,
B. Lotzow, Meierstraße 48.
Mühlen- und Gürtentor:
D. Möller,
Kronsforder Allee 105a,
C. Sandgaard, Augustenstr. 18.
Schwartau:
Genosse A. Beck, wird am Sonntag, dem 19. Januar 1913
nachmittags von 3-4 Uhr, im Gasthaus „Trausvaal“ zur
Entgegennahme von Meldungen anwesend sein.
Später sich Meldende können nicht mehr berücksichtigt werden. Die Brotausgabe findet an ver-
schiedenen Tagen statt und wird den Betreffenden der Zeitpunkt mitgeteilt, wo und zu welcher Zeit sie sich das
Brot abholen können.
Die Kommission.
Hasenfelle
Kamin, Fuchs, Warden, Fittis usw.
Pferdehaare
Wägen, Kuh-, Schweinehaare
kauft zu höchsten Preisen
D. Wagner, Goldener Str. 8.
Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei des Fab. Volksboten.
Johannisstraße 46.

# Inventur-Ausverkauf!

Mein Prinzip:

„Zu jeder Saison neue Waren“  
zwingt mich zur Vornahme ganz bedeutender Aussortierungen, und um  
eine möglichst radikale Räumung zu erzielen,  
zu sehr tiefen Preisherabsetzungen!

268

Die Preis-Ermässigungen betragen bis zu **75 Prozent.**

## Herren- u. Knaben-Garderoben

Herren-Anzüge    sonst bis 19.50 28.50 36.50 46.50 52.50  
                          jetzt 9<sup>75</sup> 16<sup>50</sup> 23<sup>50</sup> 29<sup>50</sup> 34<sup>50</sup>

Herren-Paletots    sonst bis 18.50 23.50 32.50 39.50 44.50  
                          jetzt 9<sup>75</sup> 14<sup>75</sup> 19<sup>75</sup> 26<sup>50</sup> 29<sup>50</sup>

Herren-Ulster    sonst bis 22.50 32.50 39.50 49.50 59.50  
                          jetzt 12<sup>50</sup> 22<sup>50</sup> 26<sup>50</sup> 32<sup>50</sup> 39<sup>50</sup>

Herren-Hosen    sonst bis 2.90 4.40 5.90 7.40 10.75  
                          jetzt 1<sup>90</sup> 2<sup>75</sup> 3<sup>90</sup> 4<sup>75</sup> 6<sup>50</sup>

Knaben-Anzüge    sonst bis 3.50 6.50 8.50 12.50 21.50  
                          jetzt 1<sup>90</sup> 3<sup>50</sup> 4<sup>90</sup> 8<sup>50</sup> 12<sup>50</sup>

Knaben-Paletots    sonst bis 8.75 11.50 16.50 19.75 24.50  
                          jetzt 4<sup>50</sup> 6<sup>50</sup> 9<sup>75</sup> 12<sup>50</sup> 14<sup>50</sup>

Knaben-Pyjacks    sonst bis 4.75 6.50 8.50 12.50 16.50  
                          jetzt 2<sup>50</sup> 3<sup>75</sup> 5<sup>50</sup> 7<sup>75</sup> 9<sup>50</sup>

Knaben-Joppen    sonst bis 4.20 5.25 5.90 6.50 8.75  
                          jetzt 2<sup>90</sup> 3<sup>50</sup> 3<sup>90</sup> 4<sup>50</sup> 5<sup>75</sup>

Ein Posten Knaben-Hosen  
jetzt 50<sup>8</sup> 95<sup>8</sup> 1<sup>25</sup> 1<sup>50</sup> 2<sup>00</sup>

Ein Posten Knaben-Sweater  
jetzt 75<sup>8</sup> 95<sup>8</sup> 1<sup>20</sup> 1<sup>50</sup> 1<sup>90</sup>

Herren-Gummi-Mäntel  
sonst 26.50 bis 44.50  
jetzt 19<sup>50</sup> 23<sup>50</sup> 26<sup>50</sup> 29<sup>50</sup>

Jünglings-Anzüge  
sonst 14.50 bis 36.50  
jetzt 9<sup>50</sup> 14<sup>75</sup> 19<sup>75</sup> 24<sup>50</sup>

Herren-Loden-Joppen  
sonst 6.90 bis 28.50  
jetzt 4<sup>90</sup> 9<sup>75</sup> 14<sup>50</sup> 19<sup>75</sup>

Ein Posten Knaben-Mützen  
sonst 65<sup>8</sup> bis 2.20  
jetzt 25<sup>8</sup> 75<sup>8</sup> 95<sup>8</sup>

Ein Posten Herren-Mützen  
sonst 1.85 bis 5.50  
jetzt 95<sup>8</sup> 1<sup>85</sup> 3<sup>50</sup>

Ein Posten Herren-Hüte  
sonst 2.90 bis 9.25  
jetzt 1<sup>95</sup> 2<sup>95</sup> 4<sup>50</sup>

## Schuhwaren

Herren-Schnürschuhe „Roßleder“  
früher 5.50    jetzt Paar 3<sup>00</sup>

Herren-Zugstiefel „Spallleder“  
früher 4.90    jetzt Paar 3<sup>95</sup>

Herren-Schnürstiefel „Roßleder“  
früher 6.50    jetzt Paar 5<sup>00</sup>

Herren-Zugstiefel „Rindbox“  
früher 7.25    jetzt Paar 5<sup>90</sup>

Herren-Schnürstiefel „Boxcalf“ od. „Chevreau“  
früher 12.50    jetzt Paar 10<sup>75</sup>

Damen-Stiefel Boxcalf, Chevreau u. Chromleder  
früher 7.75 bis 9.75    jetzt Paar 3<sup>50</sup>

Damen-Stiefel Boxcalf u. Chevreau  
früher 8.50 bis 10.50    jetzt Paar 4<sup>50</sup>

Damen-Stiefel Boxcalf u. Chevreau  
früher 10.50 bis 14.50    jetzt Paar 5<sup>50</sup>

Kind.-Schnürstiefel Gr. 31-35 früh. 6.90 jetzt 5<sup>25</sup> Gr. 27-30 früh. 6.50 jetzt 4<sup>70</sup>

Kind.-Knopfstiefel Gr. 31-35 früh. 4.90 jetzt 3<sup>50</sup> Gr. 27-30 früh. 4.20 jetzt 2<sup>95</sup>

Ein Posten

**Burschen-Agraffenstiefel** Größe 36-40

in Rindbox, Boxcalf und Roßleder.

Weit unter Preis.

Ein Posten

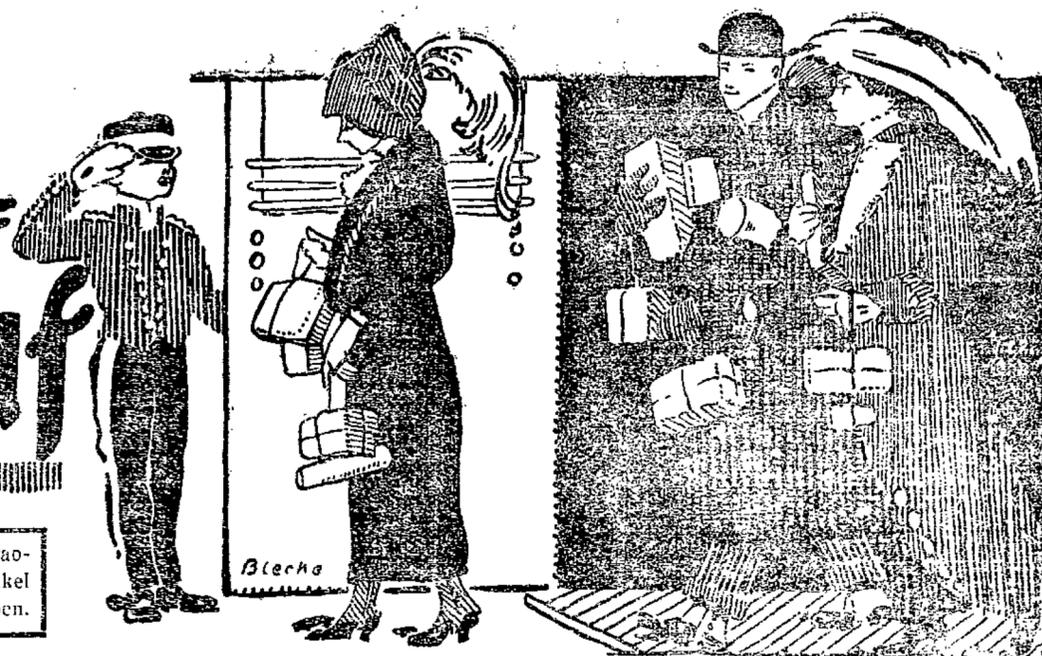
**Damen-, Herren- und Kinder-Hausschuhe**

in Filz und Leder.

Weit unter Preis.

# Rudolph Karstadt

# Inventur- Ausverkauf



Das ganze Warenlager, ohne Rücksicht auf den Artikel, gelangt zu herabgesetzten Preisen zum Verkauf. Die Preisherabsetzungen auf Ausverkaufs-Artikel sind gewaltig. Rabattmarken werden während des Ausverkaufs nicht gegeben.

## DAMEN-KONFEKTION.

**Kostüme** regulär 28.50 bis 55.00  
jetzt 12.50 16.50 23.50 29.50

**Farbige Paletots** regulär 8.75 bis 32.00  
jetzt 2.85 6.95 9.50 14.75

**Schwarze Paletots** regulär 19.50 bis 44.00  
jetzt 6.95 14.75 17.85 24.50

**Abendmäntel** regulär 29.50 bis 45.00  
jetzt 14.75 17.85 19.50 22.50

**Kostümröcke** regulär 3.20 bis 23.50  
jetzt 1.95 5.65 9.85 12.75

Enormer Posten  
in Wolle u.  
**Reste** Waschstoffen  
für Kinderkleider, Blusen, Kostüm-  
röcke und ganze Kleider geeignet  
mit  
**50%**  
auf die bereits herabgesetzten blauen  
Preise, also  
**für die Hälfte**  
des sonstigen Restpreises.

**Farb. u. schwarze Kleider** regulär 29.50 bis 95.00  
jetzt 14.75 19.85 37.50 45.00

**Tüll- u. Batistkleider** regulär 18.50 bis 47.50  
jetzt 9.75 14.75 17.85 24.50

**Seidene Blusen** regulär 12.50 bis 22.00  
jetzt 3.85 4.95 8.95 9.85

**Tüll-Blusen** regulär 12.00 bis 24.50  
jetzt 4.95 7.95 9.85 10.95

**Woll-Blusen** regulär 8.95 bis 13.50  
jetzt 2.95 3.85 4.95 5.65

Enormer Posten	<b>Kinder-Kleider</b> in den Größen 45—105	Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V	Serie VI
		2.65	3.75	4.75	6.75	8.75	11.50
		sonst 3.45	sonst 4.95	sonst 7.25	sonst 8.95	sonst 13.50	sonst 22.50

Enormer Posten	<b>Herren-Anzüge</b>	Serie I	Serie II	Serie III
		12.50	18.50	26.75
	früher . . . . .	25.00	35.00	45.00

Enormer Posten	<b>Knaben-Anzüge</b>	Serie I	Serie II	Serie III
		4.00	6.00	8.00
	früher bis . . . . .	8.00	10.50	12.50

Enormer Posten	<b>Herren-Paletots und Ulster</b>	Serie I	Serie II	Serie III
		19.50	24.50	29.50
	regulär 28.00 bis 45.00 M.			

Enormer Posten	<b>Buckskin-Herren-Hosen</b>	Serie I	Serie II	Serie III
		2.95	3.95	5.65
	regulär 3.95 bis 8.75 M.			

<b>Ca. 2000 Mtr. Gardinen</b>	in weiß, crème und elfenbein, besonders gute Qualität, in nur neuen, modernen Dessins per Meter	Posten I	Posten II	Posten III	Posten IV
		45	62	85	1.10
		früh. bis 65	früh. bis 85	früh. bis 1.25	früh. bis 1.60

3 Serien	<b>Damenhemden u. Beinkleider</b>	Serie I	Serie II	Serie III
		1.28	1.95	2.35
	sonst bis	2.00	3.25	4.50
3 Serien	<b>weiße Bett-Bezüge</b>	Serie I	Serie II	Serie III
		3.35	4.25	4.95
	sonst bis	4.95	5.95	7.25
3 Serien	<b>Augendrell-Handtücher</b>	Serie I	Serie II	Serie III
		3.65	5.95	6.45
	regulär pro Dtz. 4.50 bis 7.85 pro Dtz. Stück 32.4 St. 50.4 St. 55.4			

Kleiderstoffe	90/110 cm breit jetzt pro Meter	95	1.15	1.65	2.25
		regulär 1.30 bis 3.50			
Blusenstoffe	70/95 cm breit jetzt pro Meter	1.25	1.45	1.95	2.35
		regulär 1.80 bis 4.25			
Kostümstoffe	110/130 cm br. jetzt pro Meter	1.65	3.45	3.75	4.25
		regulär 2.65 bis 6.50			

Enormer Posten  
**weiße Bettstübe** 180-180 cm breit  
herausragende gute Qualitäten  
jetzt pro Meter 75 90 98 1.05 1.20

Die noch  
verfügbaren  
**Damen-Winterhüte** jetzt zu jedem  
annehmbaren  
Preis.

Ca. 2500 Meter  
**Hemdentuch** 82 cm breit  
mittelfädige Qualitäten  
sonst pro Meter 53.4 68.4 78.4  
jetzt pro Meter 38.4 48.4 58.4

## Gewerkschaftsbewegung.

**Tarifverhandlungen im Malergewerbe.** Der für das deutsche Malergewerbe bestehende Reichstarif läuft am 15. Februar dieses Jahres ab. Die Verhandlungen zur Erneuerung des Vertrages begannen am 8. Januar unter dem Vorsitz des Herrn Gerichtsdirektors Dr. Brenner-München, Magistratsrats v. Schulz-Berlin und Beigeordneten Rath-Essen im Gewerbeamt zu Berlin. Die bisherigen Vertragskontrahenten waren anwesend, außerdem hatten sich noch als Vertragsteilnehmer gemeldet der Bund deutscher Dekorationsmalermaler in München, der Polnische und der Katholische Arbeiterverein. Der Arbeitgeberverband ersucht, alle drei Verbände nicht zuzulassen. Von Arbeiterseite wird hervorgehoben, daß für sie maßgebend sei, ob eine Organisation, die am Tarifvertrage beteiligt sein wolle, auch eine solche sei, die auf dem Boden des Tarifvertrages steht und auch den notwendigen Einfluß besitzt, für die Durchführung des Vertrages wirken zu können. Die Arbeitervereine, die sich gemeldet haben, seien nicht zentralorganisiert, seien auch keine Berufsvereine und müßten deshalb abgewiesen werden. Anders stehe die Sache mit dem Bunde der Dekorationsmalermaler. Nach ihrem Dafürhalten sei der Bund vertragsfähig, seine Mitglieder beschäftigten auch in verschiedenen Städten Deutschlands eine größere Anzahl Gehilfen, infolgedessen müsse er zu den Verhandlungen zugelassen werden. Zum mindesten müsse die Frage geklärt werden, ob der Bund bereit ist, den hier zu erneuernden Vertrag hochzuhalten. Von Unternehmerseite wird bestritten, daß der Bund den notwendigen Einfluß ausübe, seien doch seine Mitglieder wegen der Bekämpfung der Schmuckkonkurrenz aus dem Unternehmerverband ausgeschlossen, auch die Zahl seiner Mitglieder sei eine viel zu geringe; zudem liege ein Beschluß ihres Verbandstages vor, unter keinen Umständen gemeinsam mit dem Bunde zu verhandeln. Die Arbeitervertreter ziehen sich darauf zur Beratung zurück. Sie geben nach ihrem Wiedereintritt die Erklärung ab, daß die Argumente, die die Unternehmer vorgebracht, sie nicht überzeugen haben, daß der Bund nicht zuzulassen sei. Da der Unternehmerverband aber sich an seinem Beschlusse gebunden fühle, wollen sie nicht, daß die Verhandlungen an diesem Punkte scheitern. Sie behalten sich aber das Recht vor, mit Unternehmern, die außerhalb des Unternehmerverbandes stehen, besondere Verträge abzuschließen. Nach längerer Diskussion geben die Unternehmer die Erklärung ab, daß für sie die Frage noch nicht geklärt sei. Da der Bund den § 10 im jetzigen Reichstarif bekämpft, erheben sie die Forderung, daß dieser Paragraph in seinem Wortlaut in die abzuschließenden Sonderverträge aufgenommen werden müsse. Die Arbeitervertreter erkennen an, die Sonderverträge in dem Sinne, wie bisher, abzuschließen; daß die Verträge aber vollkommen dem neuen Vertrage entsprechen, dazu können sie sich nicht verpflichten. Die Unparteiischen ziehen sich darauf zurück, um eine protokolllarische Erklärung in Vorschlag zu bringen. Deren Passus wurde nach längerer Beratung von Seiten der einzelnen Parteien, wie folgt, angenommen: „Die Parteien sind sich einig, daß der neue Vertrag nur zwischen den Vertragsparteien abgeschlossen werden soll, andernfalls behalten sie sich vor, mit anderen Organisationen Sonderverträge abzuschließen. Diese Sonderverträge sind auf der Grundlage des Reichstarifvertrages aufzubauen und dürfen insbesondere für die am Reichstarifvertrag nicht beteiligten Parteien keine günstigeren Bedingungen enthalten, als sie in dem neu abzuschließenden Verträge gegeben sind.“ — Der Vorsitzende der Unparteiischen gibt bekannt, daß von den Vertragskontrahenten drei Vorlagen vorliegen. Von Arbeiterseite werden die Unternehmervertreter ersucht, bevor in die Beratung des Tarifvertrages eingetreten wird, sich vorerst einmal zu äußern, welches Angebot sie hauptsächlich in Bezug auf Lohn-erhöhung und Arbeitszeitverkürzung zu machen haben. Auf den Gang der weiteren Verhandlung dürfte dies nicht ohne Bedeutung sein. Die Unternehmer wünschen auf der Grundlage zu verhandeln; über die Frage der Lohn-erhöhung und

Arbeitszeitverkürzung können sie sich nicht äußern, da sie heute erst die Forderung der Arbeiterorganisation erhalten haben. Sie beantragen Vertagung der Sitzung. Der Antrag wurde angenommen.

**Der Uebertritt des Schmiedeverbandes zum Metallarbeiterverband.** Da im Schmiedeverband seit langer Zeit eine Strömung gegen den Uebertritt zum Metallarbeiterverband vorhanden war, so wurden Nachrichten verbreitet, wonach eine größere Anzahl von Mitgliedern nicht in den Metallarbeiterverband, sondern in andere, vornehmlich gegenwärtige Verbände übergetreten sein sollten. Um hierüber Gewißheit zu verschaffen, haben die früheren Verwaltungen des Schmiedeverbandes eine Umfrage veranstaltet. Das Ergebnis dieser Umfrage ist, daß von den am 3. Quartal im Schmiedeverband gezählten 16 092 Mitgliedern 14 875 in den Metallarbeiterverband übergetreten sind. Die wirkliche Zahl der Uebergetretenen wird aber noch etwas größer sein, denn an einzelnen Orten, wo der Schmiedeverband keine Verwaltungsstellen hatte, sind ebenfalls Mitglieder übergetreten. In andere freie Gewerkschaften traten 154 ein, in gegnerische (Christlich-Deutsche, christliche, Christenhaus- und jüdisch-litauische Verbände) 29 Mitglieder. Es verbleiben also 1044 Mitglieder, über deren Organisationsverhältnis nichts festgestellt werden konnte. Man kann also mit ziemlicher Bestimmtheit sagen, daß rund 15 000 Mitglieder des Schmiedeverbandes bis Anfang Dezember den Uebertritt zum Metallarbeiterverband vollzogen haben. Die Organisation der Schmiede ist also durch die Verschmelzung nicht geschwächt worden.

**Lohnbewegung der Buchbinder in Mainz.** Von allen Großstädten hat Mainz in den Buchbindereibetrieben wohl die schlechtesten Löhne; betragen doch die Wochenlöhne für Gehilfen bis 15 Mk. herab. Besonders schlecht sind die Lohnverhältnisse, weil überwiegend Arbeiterinnen beschäftigt werden, die Arbeiten verrichten, welche anderwärts nur von Gehilfen ausgeführt werden. Dabei erhalten die Arbeiterinnen wahre Hungerlöhne. Ein Großbuchbindermeister zahlte Löhne von 5 Mk. pro Woche; Spezialarbeiterinnen erhalten 7-9 Mk. Die Arbeiterschaft unterbreitete den Unternehmern eine Tarifvorlage, die sich in ihren Forderungen in sehr bescheidenen Grenzen hielt. Die Unternehmer, in der Hauptsache Buchdruckermeister, erklärten jedoch einen Tarif für unzumutbar. Die Arbeiter und Arbeiterinnen beschlossen nun, die Kündigung einzureichen. In Betracht kommen etwa 200 Personen, davon sind mehr als zwei Drittel Arbeiterinnen. Arbeitsangebote nach Mainz sind deshalb von Buchbindern und Kartonnagearbeitern und Arbeiterinnen aller Branchen strikte abzuschneiden.

**Nach der Bergarbeiterbewegung im Saargebiet.** Am Sonntag dem 5. und Montag dem 6. Januar fanden im Saargebiet eine große Anzahl von Versammlungen, einberufen vom alten Verband, statt. In diesen wurde das Treiben der christlichen Großklappen und ihre famose Taktik in das rechte Licht gestellt. Die Versammlungen waren durchgängig alle sehr gut besucht. Selbst in den dunkelsten Ecken, wie im Kellertal, in Büttlingen, in Saarwellingen, Spießen usw. wurden die Ausführungen der Verbandsredner mit großem Beifall begleitet. Von Interesse waren die Gegenreden der Diskussionsredner des christlichen Gewerksvereins, die in ihrem Eifer um die gute Sache sich und den Gewerksverein schwer in den Sumpf ritten. Von der Grube Richard wurde in der Versammlung zu Louischthal berichtet, daß, statt das Gehänge zu erhöhen, es noch auf einzelnen Arbeitspunkten erniedrigt worden sei. So sehen also die Versprechungen aus. In den Versammlungen trat zutage, daß die Bergarbeiter jetzt einsehen, daß sie bei all den von den christlichen Strategen gestifteten Beschüssen die Dummen sind. Bei steigender Konjunktur und gleicher Leistung wie vorher sollen die Löhne steigen. Um wieviel die Löhne steigen sollen, wird in der Erklärung nicht gesagt, es liegt das im Belieben der hohen Herren. Die Bergarbeiter können auch nicht begreifen, wie man bei solch leeren Versprechungen noch von Erfolgen reden kann. Mit der Erklärung der Bergwerksdirektion, die nichts

an der verschlechterten Arbeitsordnung ändert, sondern sie nur erläutert, mit den Versprechungen, die Löhne zu erhöhen, mußten sich die Bergarbeiter abfinden. Die christlichen Großklappen ernten jetzt die Erfolge ihrer Taktik, dadurch, daß die Saarbergleute in Massen dem Gewerksverein den Rücken kehren.

## Aus Nah und Fern.

**Ringkämpfeschwindel.** Die sogenannten „internationalen Ringkämpfe“, die als Zirkustrick längst keine Anziehungskraft mehr ausüben, aber merkwürdigerweise auf Spezialitätenbühnen immer noch ihr Publikum finden, haben in Erfurt zu einem ergötzlichen Standal geführt, der unter Umständen diesem Schwindel das Genick brechen könnte, wenn das liebe Publikum, soweit es an solchen „Scherzen“ noch Gefallen findet, etwas kritischer veranlagt wäre. In Erfurt ist der bekannte Ringkämpfer Eberle mit einem Unternehmer, der dort Ringkämpfe veranstaltet, in Streit geraten. Dieser Unternehmer, ein Oesterreicher, namens Ribbacher, markiert selbst den „Ringkämpfer“, bestimmt aber auch gleichzeitig, wer zu „siegen“ und zu fallen hat. Als „Mitunternehmer“ stehen ihm ein gewisser Mehnert, gleichfalls „Ringkämpfer“ und ein Herr Haupt aus München zur Seite. Nach den Anordnungen dieser drei, die Sieg und Niederlage bestimmen, haben die „Engagierten“ sich zu richten. In dem zwischen Eberle und dem Oberhaupt der Truppe, Ribbacher, entstandenen Streit hat nun scheinbar Eberle den kürzeren gezogen. Dafür rächt er sich durch folgenden Brief an das Publikum im Erfurter „Allgemeinen Anzeiger“: „Es dürfte die ringkämpfesegeisterter Erfurter interessieren, zu erfahren, wie sie von dieser Truppe hinteres Licht geführt wurden. Mit der Nationalität und den Namen dieser Ringkämpfertruppe ist der unversorgte Schwindel getrieben worden. So verzeichnete die Liste alltätlich den berühmten bulgarischen Kämpfer Petroff. Der Petroff jedoch, der in Erfurt rang, steht Bulgarien so fern wie ich dem „Reich der Mitte“. Er ist Süddeutscher, stammt aus Augsburg und heißt Kottenjuhl. Ferner figuriert unter den Ringern „Der bärenstarke Russe Bugatschhoff“. Wer ist dieser „Russe“? Der gute „Reiherhartl“ aus München! Und dann hat man wohl auch alle Tage von dem verblüffend gewandten und gerissenen „Griechen Spirioda“ lesen können. Das Griechenland Spiriodas liegt an der Spree; er ist nämlich Berliner und heißt Schibilski. Mit Ausnahme Ribbachers trugen alle Ringer fingierte Namen. Ich war mit einem Honorar von 100 Mark für den Abend verpflichtet; Ribbacher hatte mir beim vorausgegangenen Briefwechsel Kompagniegeschäft angeboten, ich zog aber feste Vergütung vor. Anfangs hatte ich mein Honorar täglich ausbezahlt bekommen, am letzten Tage waren jedoch 500 Mark aufgelaufen. Ich sollte nun am letzten Abend mit dem Oberhaupt des Unternehmens, Herrn Ribbacher, ringen. Zur Aufklärung bemerkte ich, daß ich mich anheißig mache, Ribbacher jederzeit 15 Minuten zu werfen, wenn richtig nach Kräften gerungen wird. Ich habe das im vergangenen Jahre in Stuttgart bewiesen, wo ich Ribbacher nach fünf Minuten glatt auf die Schultern legte. Vor meinem hiesigen Auftreten mit Ribbacher er hat mich dieser, ich möchte ihn doch dreiviertel Stunden stehen lassen. Als Engagierter fühlte ich mich verpflichtet, diesem Eruchen zu entsprechen. Als wir nun 50 Minuten miteinander ringen hatten, sagte mir Ribbacher ins Ohr, wenn ich ihn würfe, bekäme ich keine Gage. Ich war nun so unvorsichtig, mich dadurch einschüchtern zu lassen, rang nach zehn Minuten unentschieden und hielt dann meinerseits den Ringkampf für erledigt. Man mag mir daraus einen Vorwurf machen, allein ich sage mir: warum soll ich das rückständige Honorar mir entziehen lassen? Preise gab es ohnehin keine, denn die „Preise“, die allabendlich den Ringern in die Hand gezahlt wurden, mußten diese hinterher sofort wieder zurückgeben. Meine Weigerung, den Ringkampf mit Ribbacher nach einer Stunde fortzusetzen, hat nun den Anlaß zu dem Standal ge-

## Eine Lebensfrage.

Erzählung von Theodor Mügge.

(1. Fortsetzung.)

Und allerlei Feinheiten, allerlei noblen Passionen, fügte er hinzu, aber ich wollte, ich könnte sie ihr austreiben. Was geschieht denn hier nur eigentlich, Kind? Was hat die seine Frau Tante mit dem Stubenhocker vor? Warum kommen die vornehmen Verwandten denn jetzt plötzlich hier ins Haus, nachdem sie so lange sich nicht um Emma bekümmert hatten? Ihr Vater, der alte Hauptmann Treuenschild, wollte von der ganzen Sippschaft nichts wissen, so wenig wie sie von ihm, und bis die gnädige Frau Majorin kam, haben wir auch weiter nichts davon gehört.

Es ist aber doch sehr natürlich, daß man seine Verwandten aufsucht und sich mit ihnen befreundet, sagte Marie.

Das ist allerdings sehr natürlich, und der da, ich meine den, der dort an der Tür stand und hereingrinste wie ein Affe, ohne den Mund aufzutun, der kommt wohl auch sehr oft herher?

Herr von Sternau? sagte Marie. O ja, der kommt oft. Der alte Herr nickte ihr zu und sah sie durchdringend und lächelnd an. So eine Art Hausfreund, fuhr er dann fort, ein gnädiger Herr Cousin, auch von der Frau Majorin Tante aufgegeben. Es ist ja wohl ein Schwager von dem Herrn Geheimrat?

Ich glaube, es ist so, Herr Stadtrat. Bleiben Sie mir mit dem Stadtrat vom Leib! fuhr er auf. Schenken Sie mir lieber reinen Wein ein. Es ist ein lustiges Leben jetzt her? Eh! Viel Gesellschaft, allerlei Vergnügen? Die Frau Doktorin ist eine junge Frau, will Zerstreuung haben, und er, der weiße Herr Doktor, sitzt in zwischen und schreibt über die Volkserziehung durch die Kunst. Ist es nicht so, Fräulein Marie?

Ich kann das nicht so beurteilen, erwiderte sie ruhig. Das heißt, Sie wollen nicht darüber urteilen. Es würde sehr unpassend für mich sein.

So, sagte der alte Herr, und dann legte er seine Hand nach einem augenblicklichen Bedenken auf ihren Arm und fuhr freundlich fort: Sie sind ein gutes verständiges Mädchen, und Sie haben recht. — Wir wollen uns beide nicht weiter darum kümmern; aber das Kind will ich sehen, den Jungen, den Gotthold. Wie gehts dem Kinde?

Es ist ein wenig krank und liegt in seinem Bettchen. Krank ist es, und sie geht davon? rief er aus. Aber sie weiß es in guter Obhut, und das wissen wir alle, und nun lassen Sie uns gehen und den armen kleinen Scharf etwas trösten.

Mit der Galanterie der guten alten Zeit und einem überaus freundlichen Lächeln bot er ihr seinen Arm an und führte sie hinaus, doch schon nach wenigen Schritten, als er mit der Gesellschafterin durch die Galerie ging, welche in den Seitenschiffen führte, gab es neuen Aufschall. Der Stadtrat begegnete hier dem Diener seines Neffen, einem bejahrten Mann, beinahe so alt als er selbst und seit vielen Jahren im Hause, eis die Eltern des Doktors noch hier wohnten und an diesen noch nicht gedacht wurde. Der Stadtrat erblickte seinen alten Bekannten kaum, als er laut zu lachen begann und vor ihm stehen blieb, indem er ihn von oben bis unten spöttisch betrachtete.

Der alte Bediente lächelte auch, aber nicht eben freiwillig und allzu lustig, denn er suchte die Affeln dazu und blickte bittend auf die Gesellschafterin, als sollte diese ihm beistehen.

Was! Du — alter Brintmann, Peter Brintmann! rief der alte Herr, wie siehst Du denn aus? Alle Wetter! ja, was ist aus Dir geworden? Und er fing von neuem herzlich zu lachen an.

Es war jedoch eigentlich nichts da, was zum Lachen gewesen wäre. Der Diener des Herrn Doktors sah ganz statlich und wohlgefällig aus. Er trug einen neuen braunen Rock, auf dessen großen blauen Knöpfen ein G geprägt war, darüber eine Krone. Kragen und Aufschläge waren mit Goldschnur eingefast, schwarze Kniehosen samt Gamaschen und Schuhen vollendeten seinen lauberen Anzug. Dennoch schien eine gewisse Scham das Gemüt des alten Mannes zu bedrücken und seine Augen sahen zu Boden zu ziehen. — Ja, mein lieber Herr Stadtrat, sagte er mit zaghafter Stimme, es weiß niemand hier auf Erden, was noch aus ihm werden kann.

Spricht da eine große Wahrheit aus, Peter! versetzte der alte Herr, aber Hochmut kommt vor dem Fall, und Hoffahrt will Zwang haben. Hast den alten bequemen Hausrock abgeworfen und bist ein Mann nach der Mode geworden.

Mit meinem Willen nicht, sagte Brintmann seinen Kopf heftig schüttelnd, nein! mit meinem Willen gewiß nicht! denn ich wollte lieber — aber was kann ein alter Diener tun, wenn es der Herr so haben will?

Also Dein Herr hat Dich so herausgepöppt, Peter, sagte der Stadtrat. Hätte ich doch gelaubt, daß er Dich auch noch erziehen will. Allein des Herrn Wille muß geschehen, Peter, so steht es geschrieben.

Ah, der Herr Doktor, von dem kommt's nicht, murmelte der Alte, aber wenn's da ist, so ist es gut. Denn es ist einmal so hier im Hause. Es hat sich vieles verändert, ja verändert; doch zum Heilen eben nicht, letzte er mit einem neuen Lächeln.

Mädeljuden hinzu und mit einem Blick auf die Gesellschafterin, der ein mitleidiger Blick war.

Stille, Peter, stille! sagte der Onkel. Erstücke, wie Du bist und wie ich auch eines bin, werden gewöhnlich in den Winkel geworfen und nicht weiter beachtet. Holt man sie hervor, schenert den Ruß ab und puht sie blank, so ist das ein Zeichen, daß sie immer noch etwas wert sind. Sei also ohne Sorgen, Peter, und mach dem neuen Rock so viel Ehre wie dem alten. Ein Rock hat zwar manchen schon nicht allein von außen sondern auch von innen zum neuen Menschen gemacht, wir beide aber werden uns um dessentwegen nicht verändern. Wir bleiben die alten, Peter, es kann kommen wie es will.

Damit schlug er den getrübten Mann auf die Schulter und bot der Gesellschafterin wiederum seinen Arm, um mit ihr in die Kinderstube zu gehen.

II.

Es weiß niemand, was noch aus ihm werden kann! Diesen weisen Spruch seines alten Bedienten hatte der Doktor Gerber ebenfalls auf den Lippen, als er am Morgen erwachte und es ungewöhnlich spät war. — Es war nichts Unerklärliches dabei, denn er war mit seiner jungen Frau und deren Tante sehr spät nach Haus gekommen. Der Geheimrat von Koller hatte eine glänzende und fröhliche Gesellschaft an seiner Tafel vereinigt. Vier Stunden lang dauerte das Essen, und dann hatten sich die erregten Gäste, statt nach Haus zu gehen, zum Tanze vereinigt, der wiederum vier Stunden und länger gewährt hatte. Der Doktor Gerber hatte niemals getanzt, er fühlte, wie die meisten Gelehrten, vielmehr eine starke Abneigung gegen derartige Vergnügungen, und während der zwei Jahre seines ehelichen Lebens war er nicht dazu gekommen, vermehrte Neigung dafür zu entwickeln, denn er lebte einfach und einsam und hatte niemals daran gedacht, ob seine junge Frau an solchen Sachen Geschmack und Gefallen fände.

Die Lebensgeschichte des Herrn Doktors war eine ganz gewöhnliche. Sein Vater, ein ebenso schlichter Mann wie der alte Onkel, hatte mit diesem gemeinsam eine Spinnerei und Weberei besessen und seinem noch unerwachsenen Sohne ein ziemlich bedeutendes Vermögen hinterlassen. Statt aber dem Willen und den Wünschen seines Vaters und Vormundes zu folgen und ein Fabrikant zu werden, hatte Johannes die Gelehrsamkeit vorgezogen und ließ sich nicht davon abbringen. Der kinderlose Onkel führte das Geschäft lange Zeit allein, bis er endlich einen armen Knaben, der er erzogen, zu seinem Geschäftsführer und Teilhaber machte und diesem zuletzt die ganze Fabrik übergab. Der junge Herrner war ein tätiger, industrieller Kopf, der ganz anders vorwärts ging und die

